

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



*Rentenreform –
Gerecht oder fair:
wie die Richtigen
kassieren*
S. 3

*Im Kosovo
stehen
Kommunalwahlen
bevor –
Die Herrschaft
des Terrors wird
institutionalisiert*
S. 5



*Rock-o-Rama
verbieten – „Köln
stellt sich quer“*
S. 12



*Streiks im
Dienstleistungs-
bereich*
S. 15

*Die Zeit ist reif:
Alle Kräfte gegen
Rechts – Organi-
siert den Wider-
stand aller Demo-
kraten und
Antifaschisten!*
S. 22



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: vollhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AKTUELL IN BERLIN

KAMPFHUND. Der Angriff zweier Kampfhunde auf einen sechsjährigen Jungen, der auf einem Schulhof im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg spielte, endete tödlich. So tragisch dieser Tod und so groß die Versäumnisse der Stadt Hamburg, die Menschen vor offensichtlich gefährlichen Hunden zu schützen, deren Zahl gerade in Großstädten rasant wächst, so bedenklich sind die Konsequenzen, nach denen allertorten gerufen wird und die nun gezogen werden sollen. Die Bundesregierung, Kanzler Schröder höchstpersönlich versprach's, will binnen 14 Tagen durch bundeseinheitliche Regelung Zucht und Einfuhr von Kampfhunden verbieten und schärfere Strafen für die Hundebesitzer durchsetzen. Gefährliche Hunde indes sind Ländersache, Schutzmaßnahmen fallen in die Zuständigkeit von Kommunen und Ländern, und dass etliche Länder und viele Gemeinden bisher unzureichend und fahrlässig gehandelt haben, soll nun Grund zur erneuten Stärkung der Zentralgewalt im Bereich „innere Sicherheit“ werden.

DAS GROSSE STREICHEN. Eichel und Riester wollen den Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit 2001 streichen und außerdem das „Jugendsofortprogramm“ wiederum aus dem Haushalt der Bundesanstalt finanzieren. Das bedeutet, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, ohnehin absolut unzulänglich und überdies repressiv mit starker Tendenz in Richtung Arbeitszwang, vollständig auf die beitragszahlenden Lohnabhängigen abgeschoben werden. Die BDA begrüßt die Streichung des Zuschusses und fordert die Ersetzung jeglicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch „aktivierende und damit kostengünstigere Arbeitsmarktpolitik“ – sprich offenen Arbeitszwang –, um die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 5% drücken zu können. Die PDS spricht sich gegen die Zuschussstreichung aus und fordert langfristige Projekte sowie Modellversuche zur Erprobung neuer Wege in der Beschäftigungspolitik, z.B. durch den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

SONDERGESETZ. Zum Regierungsvorhaben der „Eingetragenen Partnerschaften“ für schwule und lesbische Paare erklärte die PDS-Bundestagsabgeordnete Christina Schenk: „Die Forderung nach ‚Eingetragener Partnerschaft‘ für lesbische und schwule Paare zementiert die Diskriminierung von Lesben und Schwulen statt sie zu beseitigen.“ • Mit der „Eingetragenen Partnerschaft“ wird es erstmalig seit Abschaffung des §175 wieder ein Sondergesetz für Homosexuelle geben. Statt vollständiger Öffnung der Ehe wird ein gesondertes Rechtsinstitut geschaffen, das lesbischen und schwulen Paaren lediglich reduzierte

Rechte zugesteht. • Lesben und Schwulen, die sich nicht in das herkömmliche heterosexuell normierte Beziehungsmuster pressen lassen wollen, bleiben wichtige Bürgerrechte auch künftig vorenthalten. Zeitgemäß sind gesetzliche Regelungen, die der von Homo- und Heterosexuellen heute gelebten Vielfalt an Lebensweisen entsprechen. Angesagt ist die rechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen statt der Rückgriff auf überlebte Rechtsinstitute. Gefordert ist der gleiche Zugang für alle Menschen zu den bisher an die Ehe gebundenen Bürgerrechten – unabhängig davon, ob sie homo- oder heterosexuell sind und genauso unabhängig davon, ob sie allein, zu zweit, zu dritt oder zu mehreren leben. Erst dann gibt es eine wirkliche Wahlfreiheit der Lebensform.

REHABILITIERUNG VERTAGT. Der Rechtsausschuss des Bundestages hat zum zweiten Mal die Nichtbehandlung der PDS-Anträge zur rechtlichen Rehabilitation und Entschädigung der Opfer der Homosexuellenverfolgung beschlossen. Die PDS-Anträge fordern die pauschale Aufhebung aller NS-Unrechtsurteile gegen homosexuelle Männer nach den Paragraphen 175, 175a Reichstrafgesetzbuch, d.h. ihre vollständige Rehabilitation und Entschädigung, ohne sie in das unwürdige Einzelfallprüfungsverfahren zu zwingen. Eine entsprechenden Initiative hat Hamburg übrigens im Bundesrat eingebracht. Außerdem soll der Bundestag, fordert darüber hinaus die PDS, die Verantwortung für die Strafverfolgung Homosexueller in der BRD (bis 1969) und der DDR (bis 1958) übernehmen, die Strafen tilgen und die Betroffenen entschädigen. Die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern legislativen Unrechts wäre ein Novum in der Rechtsgeschichte der BRD. Durch die Vertagung der Antragsbehandlung entzog sich die Koalition.

REFORM DER REFORM. Anlässlich der Konferenz der Gesundheitsminister in Schwerin demonstrierten Ärzte gegen die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die ostdeutschen Länder. Angesichts drastischer Finanzknappheit sterben, so der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern, viele Kranke in Ostdeutschland früher als Westdeutsche, weil sie nicht schnell oder qualifiziert genug behandelt werden könnten. So sterben nach einer Studie des Zentralinstituts für die kassenärztliche Vereinigung im Osten allein an Herzinfarkten ein Drittel mehr Patienten als im Westen. Bundesgesundheitsministerin Fischer kündigte für nächstes Jahr eine Organisationsreform der Krankenkassen und eine Neuordnung des sog. Risikostrukturausgleichs an, mit denen die Schlechterstellung der Krankenkassen im Osten und die Benachteiligung der gesetzlichen Krankenkassen gegenüber den betrieblichen vermindert würden.

Gerecht oder fair: wie die Richtigen kassieren

Die Schwierigkeit bei der Beurteilung der gegenwärtigen Rentenreformdiskussion liegt darin, dass sie von den großen, parlamentarisch bestimmenden Parteien verdeckt geführt wird, was die verschiedenen Interessenten betrifft. Im Grundsätzlichen sind kaum Unterschiede zwischen SPD/Grünen und CDU (und auch der FDP) erkennbar. Der zuständige Minister Riester spricht davon, dass langfristige Stabilität im Beitrags- und Leistungssystem nur durch Stärkung der privaten Vorsorge zu erreichen sei; die CDU nennt das Ganze „Sparrente“ (siehe Dokumentation) und meint dasselbe: Ein bestimmter Teil der Renten soll nicht mehr per Umlage bei den aktiv Beschäftigten abgeholt werden, sondern aus „Erspartem“, einer Kapitalanlage, fließen.

Der Streit, nicht nur zwischen den politischen Lagern, sondern auch jeweils innerhalb (Gewerkschaftsflügel bei der SPD; Blüm-Flügel bei der Union), geht mehr darum, ob da noch Familienkomponenten eingebaut werden, ob das freiwillig sein soll oder gesetzlich vorgeschrieben, was als tolerabler Beitragsatz und Rentendurchschnitt gilt usw. – im Detail durchaus wichtige Fragen. Dagegen wird über das Grundsätzliche kaum gestritten, dabei lohnt es sich noch einmal einen Blick darauf zu werfen, um zu verstehen, wer am Ende wie profitieren soll.

Rein stofflich gesehen geht's bei der Rente um einen Anteil des Konsumgüterfonds, der der älteren, nicht mehr an der Produktion beteiligten Generation,

zukommt. Auch wenn manchmal die Propaganda („Immer mehr Rentner und immer weniger Arbeitende, die sie ernähren müssen“) den Eindruck erweckt, als käme da ein echtes Notproblem auf die BRD-Gesellschaft zu, bestehen bei den tatsächlichen Experten kaum Zweifel, dass durch wachsende Produktivität der Arbeit hier ein breiter Spielraum besteht und kaum die reale Gefahr, dass man die Alten verhungern lassen muss. Im Gegenteil: Es geht eher um ein Problem des Überschusses.

Marktwirtschaftlich betrachtet, stellt die Verteilung der Konsumgüter zwischen den Generationen nicht einfachein Problem der Solidarität und des Interessenausgleichs dar. Das Interesse an Daseinsvorsorge ist vielmehr eine Nachfrage, und zwar heute in der BRD eine äußerst große kaufkräftige, zahlungsfähige und zahlungswillige Nachfrage. Also ein Riesengeschäft, wenn man sie bedient.

Aus verschiedenen historischen Gründen ist in der Bundesrepublik die Daseinsvorsorge fürs Alter allerdings nur zum geringeren Teil ein Geschäft für private Anbieter (als Stichwort für die Gründe: hohe Anforderungen an Stabilität, Bindung an den Staat als Garant, seit Bismarck bewährt). Im Wesentlichen funktioniert die Altersabsicherung über ein Umlageverfahren. Stofflich betrachtet: Die „produktiven Faktoren“ treten einen Teil der von ihnen produzierten Konsumgüter ab. Oder in das in der Marktwirtschaft alles vermittelnde Me-

dium Geld übersetzt: Abzüge vom Einkommen fließen an die gesetzliche Rentenversicherungen, die sie den Rentnern auszahlen (wie diese Abzüge berechnet werden, ob als Anteil an der Lohnsumme oder sonst wie, ist zwar für die Stabilität usw. interessant, aber kann fürs Grundsätzliche erst mal vernachlässigt werden).

Dieses Umlageverfahren ist erstaunlich elastisch, worauf zum Beispiel der frühere Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm jetzt wieder hingewiesen hat. Es war in der Lage, den bedeutenden Zuwachs an Rentenempfängern ohne entsprechenden Zuwachs an Beitragszahlern, wie er durch den Anschluss der DDR an die BRD stattfand, zu verkraften – allerdings um den Preis eines deutlichen Beitragsanstiegs, zumal nur wenig später die Konjunkturentwicklung für weiteren Rückgang bei den Beitragseingängen sorgte.

Daran wird das Problem des Umlageverfahrens deutlich: Je mehr die Masse des Transfers wegen steigender Zahl von Rentenempfängern ansteigt, um so empfindlicher wird es gegenüber Schwankungen bei den Leistungen oder Beiträgen. Wird z.B. der Anspruch auf ein bestimmtes Niveau festgesetzt (was ja alle wollen, wie der Streit um das Rentenniveau zeigt), muss sofort mehr eingezahlt werden; denn Rücklagen hat die Rentenversicherung beim Umlageverfahren (außer einer kleinen Schwankungsreserve) nicht. Damit wird für das Kapital die Lohnhöhe schlecht längerfristig kalku-



Dr. Angela Merkel und Christian Wulf: „Der faire Sozialstaat – eine neue Politik für eine neue Zeit“

(...) **Wodurch zeichnet sich die neue Zeit aus?** Globalisierung, Individualisierung, Wandel zur Wissensgesellschaft und demographische Entwicklung erzeugen die Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Angesichts hohen Wettbewerbsdruck können die Finanzvolumina im Sozialbereich nicht weiter steigen. Große Lebensrisiken, die der Einzelne alleine nicht schultern kann, müssen jedoch auch in Zukunft von der Solidargemeinschaft getragen werden. Dies bedeutet, dass sich die sozialen Sicherungssysteme stärker in Richtung einer Basissicherung orientieren müssen.

Wir brauchen die Rückbesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft ist nicht einfach ein „dritter Weg“, irgendwo zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Soziale Marktwirtschaft beschreibt eine konkrete Ordnung. Dabei setzt sie

vor allem auf Eigenverantwortung (Subsidiarität), Wettbewerb und sozialen Ausgleich...

Was ist die neue Politik für die neue Zeit?

1. Wir sprechen vom „fairen Sozialstaat“, weil Fairness, die Aspekte deutlich anklingen lässt, auf die es uns ankommt: nämlich die Gegenseitigkeit von Solidarität, die Verhältnismäßigkeit von Leistung und Gegenleistung, von Inanspruchnahme von Rechten einerseits und Anerkennung von Pflichten andererseits. Soziale Gerechtigkeit hat viele Facetten: sie beinhaltet das Recht auf ein Leben in Würde ebenso, wie Gerechtigkeit zwischen den Generationen, oder Chancen- und Leistungs-Gerechtigkeit. In dieser umfänglichen Sicht sprechen wir vom „fairen Sozialstaat“, der abseits veralteter Verteilungsideologien vor allem die Talente und Lebenschancen der Menschen ins Blickfeld rückt.

• Sozial fair bedeutet, dass in erster Linie denjenigen geholfen wird, die die Hilfe der Solidargemeinschaft wirklich

brauchen. (...) Soziale Verantwortung heißt mehr als Alimentierung. Alimentierungen zementieren vielfach die Benachteiligungen. Sozial fair ist es, Benachteiligungen zu vermeiden und aufzubrechen.

• Sozial fair bedeutet, keine Anreize zu geben, die ein Leben auf Kosten der Allgemeinheit attraktiv und erstrebenswert machen. Die Verweigerung von Leistung ist unsolidarisch. (...)

• Sozial fair bedeutet, Beschäftigung zu schaffen. Das Normengeflecht des Sozialstaates muss auf seine beschäftigungsfördernde Wirkung hin überprüft werden. Das Ziel „mehr Beschäftigung“ schließt steigende Beitrags- und Steuerlasten ebenso aus, wie mangelnde Flexibilität im Arbeits- und Tarifrecht. Wir wollen die Arbeitsmärkte öffnen, nach oben und nach unten. Jeder soll eine faire Chance erhalten, die Hochbegabten genauso wie die Schwächeren und geringer Qualifizierten. Gerade im Niedriglohnbereich braucht es neue Konzepte, durch Kombieinkommen aus Arbeitslohn und staatlichen Transfers. Dabei



liebar; auch entstehen Risiken für den Staatshaushalt, der für die Rentenversicherung als Bürge steht. Diese Wirkungen sind sogar „prozyklisch“. Wenn die Konjunktur schwächelt, steigt die Belastung durch Sozialbeiträge.

So hat es also durchaus seine Systemlogik, wenn ein Teil – aus den genannten historischen Gründen, kein allzu großer – der Daseinsvorsorge fürs Alter als Geschäft an Private geht. Warum? Eine Rücklagenbildung bei der gesetzlichen Rentenversicherung ist unerwünscht. Sie wirft in einer Marktwirtschaft mit Privateigentum ein großes Problem auf. Wem gehört nämlich diese Rücklage? Die jetzige Rentenversicherung ist als ein System der paritätischen Verwaltung gebildet; Kapitalisten und Lohnabhängige sind Einzahler und damit Eigner (der Staat hat sich Bürge und Mitfinanzier die Oberraufsicht vorbehalten). Das wird manchmal übersehen, weil der einzelne Versicherte kaum Einfluss hat.

Wenn jetzt aber diese Rentenversicherung größere Rücklagen bilden würde, müssten das unter den jetzigen Bedingungen Kapitalanlagen sein. Der Eigentumstitel auf diese Kapitalanlagen (sachlich Produktionsmittel oder Grund und Boden/Immobilien) berechtigt auf Teilhabe an der Rendite, die dann für die Altersvorsorge zur Verfügung steht. Bleibt es bei der paritätischen Verwaltung entsteht hier ein großes Kollektiveigentum an Produktionsmitteln – das ist weder ökonomisch noch politisch gewollt. Ökonomisch würde es den privaten Anlagefirmen, Banken und Versicherern die Ernte verhaseln. Politisch riecht das nach Sozialismus und ähnlichem: Bei ausreichender Größe des Vermögens der Rentenversicherung würden die Anlagenrichtlinien kräftigen Einfluss auf die

Wirtschaft ausüben.

Dieses Eigentumsproblem sorgt auch für die hartnäckige Ablehnung einer paritätischen Finanzierung der privaten Altersvorsorge (häufig Arbeitnehmer, häufig Arbeitgeber) sowohl bei Riester als auch der Union. Der eine Teil – die gesetzliche Rentenversicherung – wird weiterhin als staatlicher kontrollierter Transfer gestaltet, der andere Teil ist strikt privat – also Sache jedes Einzelnen.

Das ist ganz nach dem Geschmack der Konservativen und entsprechend wollen sie ausgestalten. Das Angesparte beim Einzelnen führt, wenn die Anlage geschickt gewählt und groß genug ist, zum Erbe (typisch: Rentenhaus, ich spare eine Wohnung, ein Haus an, die Mieteinnahmen verbessern meine Rente und die Kinder haben dann auch gleich was). Das stärkt die Familie.

Da die Geldanlagen für die Daseinsvorsorge international sein werden, ist das Interesse am Staat und die Identifikation mit ihm und der Nation gewährleistet; auch das erfreut das Herz der Konservativen.

Da überhaupt niemand eine Diskussion über eine tatsächliche Reform der Versicherungskassen und die Verbesserung der Mitbestimmung der Versicherten führt und einen Reformplan dafür hat, ist der Verkauf dieses Projekts auf dem politischen Markt gewährleistet. In der Begründung schürt die Union die Sorge für die Vorsorge und mit den praktischen Maßnahmen fließt das Geld in die Kassen, in die es soll. *alk, maf*

Nachtrag: Nach Redaktionsschluss wird das Bundesverfassungsgericht ein Urteil über die Pflegeversicherung fällen (eigentumsrechtliche Zulässigkeit einer nichtparitätischen Finanzierung). Wir werden also weiter berichten.

gelten die Grundsätze: Entlohnung entsprechend der Produktivität; wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet; staatliche Leistung nur gegen Gegenleistung; Arbeit ist besser als Arbeitslosigkeit. Sozial fair bedeutet, dass bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme die Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird. Durch die enge Ankoppelung der Finanzierung an die nichtselbständigen Beschäftigungsverhältnisse wird diesem Gedanken heute nicht mehr hinreichend Rechnung getragen.

2. Wir brauchen mehr Wettbewerb. Die Wissensgesellschaft stellt neue Anforderungen an die Menschen. Sie erzeugt eine andere Arbeitswelt und veränderte Erwerbsbiographien. Unser Sozialstaat ist stark an das Arbeitsleben gekoppelt. Wenn sich dieses ändert, bedingt dies zwingend auch Veränderungen in der sozialen Sicherung. Gleichzeitig besagt „Wissensgesellschaft“, dass die Bürger heute informierter und souveräner auftreten, als zu Beginn des Industriezeitalters. Eine konsequente Verwirklichung

des Wettbewerbsprinzips ist daher heute gebotener denn je. Eine Zunahme wettbewerblicher Elemente, auch innerhalb der sozialen Sicherungssysteme, befördert Wirtschaftlichkeit, Innovation und Wahlmöglichkeiten.

Mehr Wahlmöglichkeiten statt Bevormundung: (...)

• In der Altersvorsorge durch Wahlmöglichkeiten beim Aufbau der „Sparrente“ (...)

3. Wir brauchen Nachhaltigkeit als tragendes Prinzip: (...) Dabei geht es darum, den Sozialstaat so zu gestalten, dass er im Zusammenspiel mit einer modernen Wirtschafts- und Steuerpolitik, einer Offensive für exzellente Bildungschancen und einer zukunftsweisenden Familienpolitik für alle Bürgerinnen und Bürger die Teilhabe an einer dynamischen und sozial-fairen Gesellschaft ermöglicht. Die Reform des Sozialstaates betrachten wir als integralen Bestandteil einer grundlegenden Modernisierung von Staat und Gesellschaft, als Teil einer **neuen Politik für eine neue Zeit** im 21. Jahrhundert. *Berlin, den 20. Juni 2000, PM*

Distomo-Urteil

Entschädigung durch Zwangsvollstreckung

Nun ist es endlich so weit! Die ersten griechischen Opfer der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg wollen ihre Entschädigungsansprüche endlich durchsetzen. Am Montag, 26. Juni, gab das Griechische Konsulat Berlin beim Landgericht Berlin eine Vollstreckungserklärung ab. Die deutschen Schulen von Athen und Thessaloniki, das Deutsche Archäologische Institut Athen und das Goethe Institut Athen sollen am 20. September zwangsversteigert werden. 40 bis 50 Millionen sollen diese bundesdeutschen Liegenschaften bei der Zwangsversteigerung erbringen.

Die Bundesrepublik Deutschland war am 22. Mai dieses Jahres endgültig zur Zahlung von 56 Millionen DM zuzüglich aufgelaufenen Zinsen (zusammen ca. 100 Millionen DM) an die Überlebenden des SS-Massakers von Distomo zu zahlen. Jährelang hatten die Menschen in Distomo auf eine Entschädigung und ein Wort des Bedauerns aus Deutschland gewartet. Als der Prozess 1995 vom Rechtsanwalt Ioannis Stamoulis, damals auch noch Präfekt der Provinz Böotien und Europaabgeordneter der Pasok, die Klage beim Landgericht Livadia einreichte, erklärte das deutsche Außenministerium, dass das SS-Massaker vom 10. Juni 1944 eine „normale Handlung im Kriege“ gewesen sei. Das Landgericht Livada verurteilte Deutschland zur Entschädigungszahlung. Die Bundesregierung, anstatt zu zahlen, legte unter Berufung auf Staatenimmunität vor dem Obersten Gerichtshof Revision ein. Wenige Tage vor dem Urteil in Athen verbeugte sich als erster deutscher Staatsgast Bundespräsident Rau vor den Opfern der deutschen Gewaltherrschaft in Griechenland. Aber auch das nutzte nichts mehr.

Nach der Urteilsverkündung verstrichen die Wochen, die Bundesregierung „beriet“, aber nichts passierte. Es gab wohl Gespräche zwischen Kanzler Schröder und Ministerpräsident Simitis, zwischen Außenminister Fischer und seinem Kollegen Papandreou. Aber anscheinend hoffte die Berliner Regierung, dass es mit der Urteilsurteilung getan sei. Jetzt ist die Bundesregierung in dieser Frage unter Zugzwang. Die Entschädigungsforderungen sind nun rechtskräftig. Auch die griechische Regierung reagierte nur unter Druck, dass sie die Forderungen zur Vollstreckung in Berlin anmeldete.

Der Anwalt Stamoulis erklärte zur entstandenen Situation in der *Jungen Welt*: „Die griechischen Opfer von Verbrechen der SS oder der Wehrmacht sind aber niemals entschädigt worden. (...) Sie haben Anspruch auf Entschädigung. (...)“

Die Regierungen der Bundesrepublik sind bislang Verpflichtungen gegenüber den Opfern der Nazi-Zeit nicht nachgekommen. Spätestens seit dem 2+4-Vertrag hätte die Bundesregierung entschädigen

müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt galt ja der Aufschub, den sie durch das Londoner Schuldenabkommen von 1953 bekommen hatten. Dadurch sind alle Forderungen von Opfern bis zum Abschluss eines Friedensabkommens zurückgestellt worden. Der 2+4-Vertrag ist in der Substanz mit einem Friedensvertrag gleichzusetzen, das ist nicht zuletzt auch die Meinung des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland. (...)

Die Bundesregierung schweigt sich aus. Ich habe meinerseits sogar nochmals die Initiative ergriffen und um ein Gespräch beim deutschen Botschafter in Athen gebeten – ohne Ergebnis. Nach unbestätigten Informationen hat es aber Gespräche zwischen Kanzler Schröder und Ministerpräsident Simitis und zwischen den Außenministern Papandreu und Fischer gegeben. Auf politischer Ebene ist aber nichts mehr zu korrigieren. Das Urteil ist gefällt.“

Die *Athener Zeitung* weiß von einem baldigen Treffen der Außenminister Griechenlands und Deutschlands zu berichten. Sie empfiehlt der Bundesregierung, sollte sie nicht noch mehr an internationalem Ansehen verlieren wollen und Deutschland nur noch das Erscheinungsbild eines Rechtsnachfolgers des Dritten Reiches geben, dass „Politiker Gerichtsvollstreckern zuvorkommen“ sollen.

Es hat auch schon begonnen, was die Bundesregierung zu befürchten scheint: In einigen Konferenzen in Distomo und Kalavrita begannen sich Vereinigungen von Opfern, Hinterbliebenen und im Zweiten Weltkrieg zerstörten Ortschaften über die neu entstandene Lage auszutauschen. Allein in Griechenland sollen neben einigen tausend Einzelklagen Klagen von bis zu 60 Ortschaften gegen die Bundesrepublik anhängig sein. Dazu nochmals der Anwalt Stamoulis:

„Die Rechtsansprüche der Kläger auf Entschädigung und Schmerzensgeld sind unabdingbare Rechtsansprüche. Es gibt tatsächlich eine Unzahl von weiteren Klagen, über die aber noch nicht rechtskräftig entschieden worden ist. Eine Gesamtlösung auf politischer Ebene ist möglich, setzt aber das Einverständnis der Kläger voraus. (...)“

Ich möchte aber unterstrichen, dass es keine Sache der Regierungen ist, sondern es ist eine Sache der Kläger. So auch in Griechenland: Kläger haben über die Präfektur und die Präfektur über den Anwalt, nämlich mich, geklagt. Das heißt, eine Involvierung der Regierung ist nicht erforderlich. Nach dem internationalen Prozessrecht besteht diese Möglichkeit auch für Opfer in anderen Staaten. Es haben sich bereits Kollegen aus Holland, Italien und Belgien, mit mir in Verbindung gesetzt haben.“

rub

Quellen: *Athener Zeitung*, 30.6.; *Junge Welt*, 29.6.; *mdr-Magazin Fakt*, 26.6. Eine Internetseite mit vielen Informationen und Bildern unter dem Titel „Distomo in Griechenland – Notwendige Erinnerungen an ein Verbrechen, dessen Geschichte noch lange nicht beendet ist“ bietet Dieter Begemann an unter: <http://home.t-online.de/home/Dieter.Begemann/history.htm>

Im Kosovo stehen Kommunalwahlen bevor

Die Herrschaft des Terrors wird institutionalisiert

Im Oktober sollen im Kosovo Kommunalwahlen stattfinden. Diese Wahlen werfen einen langen Schatten.

Der Terror albanischer Nationalisten dauert ein Jahr nach Beendigung der NATO-Kriegshandlungen an. Etwa 1000 Menschen, überwiegend Serben, aber auch Roma und Angehörige anderer Minderheiten sowie der „Kollaboration“ mit Jugoslawien verdächtigte ethnische Albaner fielen ihm seither zum Opfer. Doch mit dem Andauern des Terrors ändert sich sein Charakter. Die tagtäglichen Morde, Brandanschläge, Verschleppungen, Bombenattentate können endgültig nicht mehr auf den Siegestaumel von UCK-Nationalisten oder überbordenden Hass und explodierende Rachegelüste der albanischen Bevölkerung zurückgeführt werden. Das zeigt die Lage etwa der Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter überdeutlich. Ende letzten Jahres waren einem Bericht der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ zufolge 14.000 von 19.000 ihrer Häuser zerstört, 76 ihrer Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, 80% vertrieben. Aber während nahezu überall der Wiederaufbau des Kosovo vorankommt, verschlechtert sich die Lage der Roma, die der Vertreibung trotzten, von Tag zu Tag. Sie leben in ihren Ortschaften wie im Gefängnis, das sie ohne Gefahr für Leib und Leben nicht verlassen können, werden von der Versorgung selbst mit dem Nötigsten abgeschnitten, nur von den wenigen verbliebenen, total überlasteten serbischen Ärzten medizinisch versorgt und durch anhaltende Übergriffe in ständigen Schrecken versetzt. Ihre Bedrohung hat System: Sie sollen ein für allemal aus dem Kosovo verschwinden.

Mit der „Normalisierung“ des Lebens, deren sich die UN-Mission (UNMIK) rühmt, der Schaffung ziviler und staatlicher Institutionen, von denen Nicht-Albaner praktisch ausgeschlossen sind, tritt eine zweite Tendenz zutage. Wir berichteten über die Ermordung eines serbischen UN-Mitarbeiters, die auf die Denunziation durch die Tageszeitung *Dita* erfolgte: Die Zeitung hatte eine Art Steckbrief des Mitarbeiters veröffentlicht und ihn durch die Verbreitung von nichts als Gerüchten beschuldigt, Kriegsverbrecher zu sein. Bestürzend ist, dass der Journalistenverband und die übrige Presse diesen als Aufforderung zum Mord gemeint und verstandenen Aufruf nicht etwa verurteilten, sondern die „symbolische“ bezeichnete acht-tägige Schließung der *Dita* als Angriff auf die Pressefreiheit geißelten und der *Dita* jede Unterstützung zusicherten. Diese hat angekündigt, weiterhin Steckbriefe von „Kriegsverbrechern“ zu veröffentlichen. Die Ausschließung von Serben als „Kriegsverbrechern“ aus den verschiedensten Institutionen von Gewerkschaften bis zur im Aufbau befindlichen Kosovo-Polizei ist gang und gäbe. Sie fördert und deckt den

blutigen Terror. Diese unheilvolle Verschlingung von mächtigen Institutionen und verwilderten Banden, dieses Hand-in-Hand-Arbeiten von legalen Einrichtungen und entfesseltem Terror kennzeichnet Faschismus. Die Nato verhalf der ethnisch „reinen“ Volksgemeinschaft, für den die UCK überwiegend stand und steht, den Weg, unter Nato- und UNMIK-Schutz entfaltet sie nun ihren Schrecken.

Seit Mai diesen Jahres nimmt der Terror sogar massiv zu. Erst Mitte Juni hob die KFOR ein großes Waffenlager aus, das eindeutig der UCK zuzuordnen war und aus dessen Beständen sich, wie die *Berliner Zeitung* (19.6.) vermerkt, „ein kleiner Krieg“ hätte führen lassen. Selbst UN-Generalsekretär Annan machte in einem Bericht Anfang Juni auf die Zunahme der Gewalt gegen Serben und andere Minderheiten aufmerksam und sprach von einer „inszenierten Kampagne“ (AP/KIL, 9.6.).

Diese neue Gewaltkampagne steht in eindeutigem Zusammenhang mit den Kommunalwahlen. Zwar erklärte der für die Registrierung verantwortliche Kolonialbeamte A. Conze – die Bevölkerung muss sich in 200 Registrierungscentren für ein neues Zentralregister und für die Wählerliste einschreiben – die Wahlen in einem Beitrag für den *Tagesspiegel* (19.6.) zu den „ersten freien Wahlen“ im Kosovo. Doch das spricht eher Bände über die Interessen und Absichten der modernen Kolonialherren in der offiziell immer noch zu Jugoslawien gehörenden Region. Die UNMIK hat nämlich die Durchführung der Wahlen nicht an Bedingungen gebunden, an die Beendigung des Terrors und der Vertreibungen und die sichere Rückkehr der mehrere hunderttausend Flüchtlinge. So muss sie sich die aktuelle Entwicklung voll und ganz zurechnen lassen. Die UCK-Nationalisten versuchen, das ist der Hintergrund der neuen Gewaltwelle, die Rückkehr v.a. serbischer Flüchtlinge in ihre Dörfer und damit ihre Registrierung zu verhindern und die noch Verbliebenen jetzt zu vertreiben. Die Wahlen, so das Kalkül, würden so in einem weitgehend „minderheitenfreien“ Kosovo stattfinden und einen großen Schritt zur endgültigen Lostrennung des Kosovo von Jugoslawien bedeuten. Und nicht nur das. Sie würden zugleich die Politik der Einschüchterung und Bedrohung, der Vertreibung und des entfesselten Terrors legitimieren. Die Kräfte, die sich auf albanischer Seite dieser Politik entgegenstellen, sind äußerst schwach, auch aufgrund der Bedrohung, der sie selbst sofort ausgesetzt sind. Es gibt leider kaum Zweifel, dass die aus der UCK hervorgegangenen „Führer“ samt ihren Gefolgschaften durch die „ersten freien Wahlen“ gestärkt und „demokratisch“ bestätigt werden und dass die Entwicklung zu einem völkischen Großalbanien, das die ganze Region bedroht, einen großen Schub bekommt. *sc*

Memorandum von Gruppen der Friedensbewegung zu notwendigen friedenspolitischen Weichenstellungen im türkisch-kurdischen Konflikt

Die neue EU-Beitrittsperspektive und die einseitige Beendigung des militärischen Kampfes durch die kurdische Guerilla der PKK haben in der Türkei eine Reformdiskussion in Gang gesetzt, welche die bisherigen Tabu-Grenzen wesentlich überschreitet. Wir begrüßen diese neue Entwicklung. Die bisher tatsächlich eingetretenen Veränderungen sind allerdings unbefriedigend. Dies gilt auch und insbesondere für die Überwindung des türkisch-kurdischen Konflikts: Die türkische Armee macht im Nord-Irak Jagd auf die aus dem Krieg abziehende kurdische Guerilla. In mehreren Provinzen herrscht weiterhin der Ausnahmezustand. Eine Amnestie für die Teilnehmer des Konflikts liegt nicht vor. Repression gegen kurdische Bevölkerung steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Eine friedenspolitische Weichenstellung ist nur auf der kurdischen, nicht aber auf der Seite Ankaras erkennbar.

Eine beidseitig befriedigende Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts ist jedoch nicht nur die Voraussetzung für einen Beitritt der Türkei zur EU, sondern auch für die Entwicklung des ganzen Landes. Es gilt also, die friedenspolitischen Voraussetzungen für Versöhnung und Wiederherstellung der Kooperationsfähigkeit zu schaffen und damit ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Völker mit ihren unterschiedlichen Kulturen und Religionen im Nationalstaat Türkei in seinen bestehenden Grenzen unter menschenrechtlichen Bedingungen zu ermöglichen.

Die von uns vorgeschlagenen ersten fünf friedenspolitischen Weichenstellungen in der Türkei beziehen sich alle auf Vertrauen bildende Maßnahmen. Sie können relativ einfach und schnell vollzogen werden und eine erhebliche Entspannung bewirken. Damit würden günstige Voraussetzungen für weitere Schritte gerade auch in Bezug auf den beabsichtigten EU-Beitritt im demokratisch-politischen, menschenrechtlichen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, sozialen und rechtlichen Bereich geschaffen.

1. Die Einstellung der militärischen Operationen der türkischen Armee gegenüber der sich aus der Türkei zurückziehenden Guerilla und ihren Sammelplätzen außerhalb des Landes wäre ein unübersehbares Zeichen für die Bereitschaft Ankaras zu einer friedenspolitischen Lösung. Ihm kommt eine herausragende Bedeutung zu.

2. Die Beendigung des Ausnahmezustandes und die Auflösung der dazu gehörenden Institutionen (Supergouverneur, Spezialteams und Dorfschützer) sind die Voraussetzung für die Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens

und die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung durch die gewählten Volksvertreter. In diesen Zusammenhang gehört auch die unbehinderte Organisationsfreiheit für Verbände und Parteien. Hierdurch kann ein Schub an Bereitschaft zur Bewältigung der Kriegsschäden und eine Eigenzuständigkeit der Menschen vor Ort gefördert werden.

3. Freilassung und Amnestie für alle „Meinungstäter“ und Abschaffung bzw. Außerkraftsetzung aller die freie Meinungsäußerung und die Medien einschränkenden Gesetze. Das Ziel ist, die Einschüchterung in der Meinungsäußerung zu überwinden, und die öffentliche Diskussion über die Gestaltung von Gesellschaft gleichberechtigt zu ermöglichen.

4. Die am Krieg Beteiligten – seien es Türken, seien es Kurden – werden durch ein Amnestiegesetz für die Kriegshandlungen sowie für die politischen Einstellungen und Handlungen, die damit verbunden waren (z.B. Separatismusvorwurf), außer Strafverfolgung gesetzt. Das Ziel ist es, den Kriegsteilnehmern und Verantwortlichen eine Rückkehr und die Aufnahme eines verantwortlichen zivilen Lebens zu ermöglichen. Dadurch können mögliche Ansatzpunkte für eine erneute Eskalation von Gewalt auf beiden Seiten überwunden werden.

5. Die fünfte Weichenstellung ist die Aufhebung aller Einschränkungen für die sprachlichen, kulturellen und religiösen Ausdrucksformen der Menschen in der Türkei verschiedener ethnischer und religiöser Herkunft. Die Türkei muss endlich als Vielvölkerstaat akzeptiert werden. Dadurch würde die laizistische und nationale Grundausrichtung des Staates nicht in Frage gestellt, jedoch die unterschiedlichen Identitäten respektiert werden. Viele konfliktträchtige Problemfelder würden so überwunden, welche die Geschichte des türkischen Nationalstaates in der Vergangenheit schwerwiegend belastet haben. Gleichzeitig ließen sich wichtige „Kopenhagener Kriterien“ erfüllen.

In der Zeit notwendiger friedenspolitischer Weichenstellungen gilt nach wie vor der Satz aus dem „Aufruf zu einem europäischen Friedensdialog“: „Freundschaft zur Türkei kann in dieser historischen Situation nur heißen, ihrer großen Gesellschaft aus Türken, Kurden, Armeniern, aus Moslems, Christen und anderen Völkern und Religionen beizustehen, um Gespräche und Verhandlungen für das zukünftige friedliche Zusammenleben endlich beginnen zu lassen.“ Friedenspolitische Weichenstellungen sind also auch von den EU-Staaten zu fordern.

Das, was in der Türkei im türkisch-kurdischen Konflikt erreicht werden soll

– Respektierung, Gleichberechtigung und Problemlösung durch demokratische Verfahren und Dialog – ist auch den türkisch- und kurdischstämmigen Immigranten in der EU zu ermöglichen, handelt es sich doch hierbei um „Kopenhagener Kriterien“, die als Messlatte für die EU-Beitrittsmöglichkeit der Türkei angewandt werden. Dies bedeutet:

Auch die Kurden müssen in allen EU-Staaten als gleichberechtigte Volksgruppe im Vergleich zu Immigranten aus anderen Völkern behandelt und dementsprechend gefördert werden. Ihnen sind die gleichen kulturellen Rechte zuzugestehen. Ihre doppelte Qualifikation als türkische StaatsbürgerInnen wie auch als Menschen kurdischer Herkunft und Kultur ist zu respektieren.

In den EU-Staaten ist dort, wo türkische und kurdische Immigranten leben, ein türkisch-kurdischer Dialog mit friedenspolitischer Zielsetzung anzuregen, zu vermitteln und zu fördern. Dabei können die Möglichkeiten der Friedensforschung sowohl für die Vermittlung als auch zur Entwicklung friedenspolitischer Strategien genutzt werden. Dies wiederum hat zur Voraussetzung, dass nach der tiefgreifenden friedenspolitischen Wende der PKK nun auch sie in den Dialog einbezogen wird und die noch bestehenden Verbote und Diskriminierungen aufgehoben werden. Die Tatsache, dass Ankara sich noch weigert, mit allen kurdischen Organisationen zu sprechen, darf kein Grund für die EU-Staaten sein, sich ebenso friedensabweisend zu verhalten.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der EU-Staaten mit der Türkei muss unter friedenspolitischen Gesichtspunkten bedacht werden. Die Millionen vertriebener Kurden, die Tausende zerstörter Dörfer, die zerbrochene Infrastruktur in den vornehmlich von Kurden besiedelten Gebieten, die Generation meist schreibunkundiger und beruflich nicht ausgebildeter Kinder, eine katastrophale Gesundheitsversorgung und rechtliche Unsicherheit belasten den notwendigen Friedensprozess sehr. Hier ist mit Hilfe zur Selbsthilfe und Strategien des Wiederaufbaus und der Armutsbekämpfung für alle BürgerInnen dieser Region gezielt Hilfe zu leisten. Entwicklungspolitik kann hier eine eminente, friedensfördernde Funktion übernehmen.

Auch an die Rüstungsexportpolitik der EU-Staaten sind friedenspolitische Anforderungen und Kriterien anzulegen. Die Aufrüstungswünsche der Türkei stehen in einem eklatanten Missverhältnis zu den Anstrengungen für den EU-Beitritt wie auch zu den friedenspolitischen Anforderungen. Das Land mit seinem oh-

nehin riesigen Militärpotential und seinem de facto Militärbündnis mit den USA und Israel ist keiner äußeren militärischen Bedrohung ausgesetzt. Vielmehr müssen sich die Nachbarstaaten Ankaras, wie die Einfälle der türkischen Armee in den Nord-Irak zeigen, bedroht fühlen. Jede weitere Aufrüstung des Landes durch moderne Waffen aus den EU-Ländern ist deshalb aus friedenspolitischer Sicht ein falsches Signal. Es gilt den zivilgesellschaftlichen Friedensprozess zu stärken, nicht aber die Militarisierung des Landes.

Die deutschen Friedensorganisationen, die dieses Memorandum unterzeichnen, schlagen vor, dass eine europäische Initiative bei den befreundeten und interessierten Organisationen in anderen EU-Staaten gestartet wird, um ein ‚Zivilgesellschaftliches Forum für eine friedliche politische Lösung in der Türkei‘ zu bilden. Dessen Hauptaufgabe wird es sein, in Kontakt mit der Kommission in Brüssel und den Parlamenten und Regierungen der EU-Staaten sowie türkischen Institutionen und kurdischen Ansprechpartnern die jeweils notwendigen Schritte im Friedensprozess zu erörtern, Stellungnahmen dazu abzugeben und jährlich einen Bericht zum Stand des Friedensprozesses in der Türkei herauszugeben.

Nachdem der türkisch-kurdische Krieg fast besiegt ist, gilt es nun den Frieden zu gewinnen. Dazu wollen wir beitragen.

Auf Einladung des Dialog-Kreises „Krieg in der Türkei – Die Zeit ist reif für eine politische Lösung“ haben folgende Gruppen der Friedensbewegung das Memorandum unterzeichnet:

Aachener Friedenspreis * AGDF – Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden * AG Türkei/Kurdistan im Netzwerk Friedenskooperative * Arbeitskreis „Asyl“ der Hauptpfarre Mönchengladbach * Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz * Bayerischer Flüchtlingsrat * Bund für Soziale Verteidigung * DFG-VK – Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen – Bundesverband * EJDM – Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt * Flüchtlingsberatung des „Asylrecht ist Menschenrecht“, Fulda * Flüchtlingsrat Berlin * Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsrat * Gesellschaft für bedrohte Völker – International * Helsinki Citizens' Assembly – Deutsche Sektion * Hessischer Flüchtlingsrat * Initiative Appell von Hannover * IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung * Internationale Liga für Menschenrechte * Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig * Kampagne gegen Rüstungsexport (Wiesbaden) * Komitee für Grundrechte und Demokratie * Koordination der Arbeitsgemeinschaften „Gerechtigkeit und Frieden“ der mitteleuropäischen Franziskanerprovinzen * medico international * Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar * Pax Christi, Basisgruppe Lahnstein-Nassau * Pax Christi – Bistumstelle Limburg * Pax Christi – Deutsche Sektion * Pro Asyl * RAV – Anwältinnen und Anwälte für Demokratie und Menschenrechte * RIB – Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg * VDJ – Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen.

(Quelle: Dialog-Kreis, 7.6.2000, aus: Kurdistan-Rundbrief 13)

Shaka Sankofa/Gary Graham hingerichtet

Marschier weiter, schwarze Menschen, Black Power! Heute Nacht töten sie mich

Am 22. Juni wurde Shaka Sankofa (Gary Graham) in Texas hingerichtet, nachdem der Gnadenausschuss die Aussetzung der Hinrichtung abgelehnt, der Oberste Gerichtshof der USA die Befassung verweigert und der Gouverneur und Präsidentschaftskandidat Bush sich ausdrücklich für die Vollstreckung ausgesprochen hat. Zahlreiche Menschen hatten sich noch bis zum 22. gegen die Vollstreckung gewandt, aus der BRD u.a. die die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Carsten Hübner sowie die Europa-parlamentsabgeordnete Sylvia Yvonne Kaufmann. Vor dem Gefängnis demonstrierten Freunde und Unterstützer Shaka Sankofas und andere Gegner der Todesstrafe gegen seine Hinrichtung, aber auch Ku-Klux-Klan-Mitglieder in ihrer Kluft für die Vollstreckung. Shaka Sankofa wehrte sich bis zuletzt. Auf seine Bitte nahmen Bianca Jagger (ai) und Jesse Jackson an der Hinrichtung teil. Wir dokumentieren – leicht gekürzt – die letzten Worte Shaka Sankofas.

Ich möchte sagen, dass ich Bobby Lambert nicht umgebracht habe. Dass ich ein un-



schuldiger schwarzer Mensch bin, der ermordet wird. Was heute Nacht in Amerika geschieht, ist ein Lynchmord. Es gibt überwältigende und zwingende Beweise zu meiner Verteidigung, die in keinem Gericht Amerikas jemals angehört wurden. [...]

Ich danke allen Leuten, die für meine Sache auf die Straße gegangen sind. Sie haben mir zur Seite gestanden. [...] Wir müssen die Bewegung weiterführen und alles tun, was wir können, um das legale Lynchmord in Amerika zu ächten. Wir müssen weiter stark bleiben und zusammenkommen, um das systematische Töten von armen und unschuldigen Schwarzen zu beenden – überall auf der Welt. Wir müssen weiter vereint bleiben und weiter ein Moratorium für alle Hinrichtungen fordern. Wir dürfen diesen Lynchmord heute Abend nicht vergessen, meine Brüder! Wir müssen ihn der Nation bekannt machen.

Wir dürfen unseren Glauben nicht verlieren. Wir müssen weitermachen.

Viele unserer Anführer sind gestorben: Malcolm X, Martin Luther King und andere, die aufgestanden sind, um für das Recht zu kämpfen. Sie sind aufgestanden, um für Gerechtigkeit zu kämpfen. Wir müssen dasselbe tun, ihr müsst es, Brüder – das ist der Grund, warum ich heute zu euch spreche. Ihr müsst diese Tradition weiterführen. Was hier passiert, ist einfach ein Lynchmord. Aber sie werden uns weiter lynchen, für die nächsten hundert Jahre, wenn ihr diese Tradition des Widerstands nicht weiterführt.

Wir werden siegen. Es mag sein, dass wir diese Schlacht verlieren, aber wir werden den Krieg gewinnen. Dieser Tod, dieser Lynchmord wird gerächt werden. Er wird gerächt werden. Er muss gerächt werden. Das Volk muss diesen Mord rächen. Also, meine Brüder, bleibt stark und geht weiter vorwärts!

Ihr sollt wissen, dass ich euch alle liebe. Ich liebe das Volk, ich liebe euch alle für euren Segen, eure Stärke, für euren Mut, für eure Würde. Dafür, wie ihr heute Abend hierher gekommen seid und wie ihr protestiert und unsere Gemeinschaft zusammengehalten habt. Macht weiter, meine Brüder! Die Sklaverei konnte uns nicht stoppen. Die Lynchjustiz im Süden konnte uns nicht stoppen. Dieser Lynchmord heute Nacht wird uns nicht stoppen. Wir werden weitermachen! Unser Ziel in diesem Land ist Recht und Freiheit. Wir werden Recht und Freiheit erringen – by any means necessary [mit allen Mitteln, die dazu notwendig sind – ein berühmter Satz aus einer Rede von Malcolm X – d. Übers.].

Mit allen notwendigen Mitteln werden wir weiter vorwärts gehen.

[...] Ich sterbe im Kampf für das, woran ich glaube. Ich sterbe im Kampf für Recht und Gerechtigkeit. Ich habe Bobby Lambert nicht getötet, und die Wahrheit wird ans Licht kommen. Sie wird ans Licht gebracht werden.

Ich will, dass ihr diese Angelegenheit vor ein internationales Gericht bringt. [...] Nehmt all die Videoaufzeichnungen davon, wie ich geschlagen wurde. Dort hinten haben sie mich zusammengeschlagen. In der Abteilung dort drüben haben sie mich zusammengeschlagen. Besorgt euch diese Videoaufzeichnungen, und bringt das vor Gericht. Zeigt der Öffentlichkeit den Völkermord und diese Unmenge an Brutalität, und lasst die Welt sehen, was wirklich hinter diesen verschlossenen Türen geschieht. Lasst die Welt sehen, welche Barbarei und Ungerechtigkeit hier wirklich geschieht. Ihr müsst diese Videobänder bekommen. Ihr müsst das zeigen, diese Ungerechtigkeit der Welt zeigen. Ihr müsst weitermachen und ein Moratorium für alle Hinrichtungen verlangen. [...]

In Amerika geschieht ein Völkermord. Das ist, was mit schwarzen Menschen geschieht, wenn sie aufstehen und für Recht und Gerechtigkeit protestieren. Wir weigern uns, Kompromisse zu machen. Wir weigern uns, unsere Würde aufzugeben

UNO-Sozialgipfel und Gegengipfel der NGO's in Genf

In Genf fand anlässlich des UNO-Sozialgipfels eine Gegenkonferenz verschiedener sozialer Bewegungen aus aller Welt statt. 500 Vertreter von Frauengruppen, Menschenrechtsorganisationen, Bauernverbänden und einigen Gewerkschaften, bereiten über gemeinsame Ziele und Kampagnen gegen die Institutionen der „neoliberalen Globalisierung“, wie es im Aufruf zu dem Treffen hieß. Stark vertreten war unter anderem das internationale Netzwerk für einen Schuldenerlass Jubilée 2000, dem in Deutschland die Erlassjahr-Kampagne angehört. Auf der Konferenz wurde berichtet, das in den nächsten Wochen eine Kampagne durchgeführt wird, um im Vorfeld des G-7-Gipfels auf Okinawa (21. bis 23. Juli) der Forderung nach Schuldenerlassung Gehör zu verschaffen. In mehreren Ländern Afrikas sind kulturelle Großveranstaltungen geplant. In Lateinamerika gibt es im Juli eine kontinentweite Aktionswoche. Am 8. Juli werden sich die Finanzminister der G-7-Staaten treffen, um Einzelheiten des – mit Auflagen verbundenen – Schuldenerlasses zu besprechen, der vor einem Jahr in Köln beschlossen wurde,

.....



[...] Wir werden ein starkes Volk sein. Man kann einen Revolutionär töten, aber die Revolution kann man nicht aufhalten. Die Revolution wird weitergehen. Das Volk wird die Revolution weitertragen. Ihr seid

das Volk, das diese Revolution weitertragen muss, um unsere Kinder zu befreien: von diesem Völkermord und von dem, was heute Nacht hier in Amerika geschieht. [...] Wir werden siegen, wir werden weitermachen ... wir werden unser Recht und unsere Freiheit erringen, by any means necessary. Bleibt stark. Sie können uns nicht töten. Wir werden weiter voranschreiten.

Meine Söhne, meine Töchter, ihr alle: Ich liebe euch alle. Ihr wart wunderbar. Geht mit erhobenem Kopf! Geht weiter vorwärts! Bleibt vereint! Bewahrt die Liebe und die Einheit in der Gemeinschaft! Und seid gewiss, dass der Sieg uns sicher ist. Der Sieg des Volks ist sicher. Wir werden Recht und Freiheit in diesem Land erringen. Wir werden das erringen, und wir werden es tun ... by any means necessary. Wir werden weitermarschieren. Marschiert weiter, schwarze Menschen! Behaltet die Köpfe oben! [...] Wir werden siegen! Wir werden weitermarschieren! Marschiert weiter, schwarze Menschen, Black Power! Marschiert weiter, schwarze Menschen, Black Power! Heute Nacht töten sie mich. Sie ermorden mich heute Nacht.

Übersetzung: Rote Hilfe Hamburg

ohne dass bisher etwas passiert wäre. Jubilée 2000 ruft daher mit Unterstützung der Genfer Konferenz dazu auf, am 6. Juli vor den Botschaften der G-7-Staaten für Schuldenerlassung zu demonstrieren.

Um die Schuldenkrise und die verheerenden Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF), die im Namen der Entschuldung vielen Entwicklungsländern und in den letzten Jahren auch osteuropäischen Staaten aufgezwungen werden, wird es im September auch in Prag gehen. Dort treffen sich IWF und Weltbank vom 21. bis zum 28. zu ihrer Jahrestagung. Tschechische Initiativen planen, wie in Genf berichtet wurde, zahlreiche Gegenveranstaltungen und -aktionen. Mehrere Demonstrationen sind in Vorbereitung, zu denen auch aus dem Ausland Teilnehmer erwartet werden. In Genf einigte man sich darauf, dass dies einer der internationalen Mobilisierungsschwerpunkte in diesem Jahr sein soll. Der 26. September wird wie schon der Tag der Eröffnung der WTO-Verhandlungen im letzten Jahr und der 16. April während der Weltbank-Frühjahrestagung zum globalen Aktionstag erklärt.

Eine andere wichtige Kampagne, die in Genf vorgestellt wurde, ist der internationale Frauenmarsch 2000, der bereits seit dem 8. März mit zahlreichen Veranstaltungen auf allen Kontinenten läuft. Im Oktober sollen die Aktionen in Demonstrationen vor den Hauptquartieren von IWF und Weltbank in Washington und der UNO in New York ihren Höhepunkt erreichen. Aus vielen Staaten berichteten die Teilnehmer der Genfer Konferenz, dass die Globalisierung die Frauen überdurchschnittlich hart trifft. Sie sind die ersten, die in Krisenzeiten entlassen werden, Mädchen sind überdurchschnittlich von der Verheerung des Bildungswesens betroffen, und wenn die erzwungene Marköffnung bäuerliche Existenzen vernichtet und die Ernährung der Landbevölkerung in vielen Staaten des Südens gefährdet, leiden Frauen und Kinder am meisten.

Eine der Forderungen der Abschlussklärung war es denn auch, die Agrarmärkte auf keinen Fall weiter zu globalisieren und die Sicherstellung der Ernährung nicht den blinden Kräften des Marktes zu opfern.

Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) reagierten auch empört auf den Bericht „Eine bessere Welt für alle“. UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte diesen mit den Chefs der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) vorgestellt. Darin heißt es unter anderem: „Die Globalisierung eröffnet den Entwicklungsländern enorme Chancen – besseren Zugang zu Wissen, bessere Technologie, um Waren und Dienstleistungen anzubieten, besseren Zugang zu den Märkten der Welt. Aber um diese Chancen wahrzunehmen, muss gehandelt werden.

Die Länder müssen ihre Zölle und andere Handelshindernisse runtersetzen und ihre Systeme für die Abwicklung von Import und Exporten und Kapitalflüssen in Form bringen. Des Weiteren müssen sie ihre Inflation, Zinsen und Wechselkurse regulieren, um sich ein Ansehen als gute Wirtschaftsstandorte zu erwerben. Schließlich müssen sie sich um konsistente Politik bemühen, um das Vertrauen einheimischer wie ausländischer Investoren zu erhalten.“

Die NGOs – insgesamt 77 von allen Kontinenten – halten dagegen, dass gerade die jüngsten Krisen in Asien und anderswo gezeigt haben, dass Marköffnung und vor allem Liberalisierung der Finanzmärkte kein Weg zur Bekämpfung der Armut sind, sondern im Gegenteil diese eher fördern. Der Bericht, der für sich selbst in Anspruch nimmt, Wege aus der Armut aufzuzeigen, ließe die Rolle der Weltbank und des IWF vollkommen außer acht. Diese hätten in der Vergangenheit von den Regierungen der Entwicklungsländer Maßnahmen verlangt, die für nicht wenige Menschen Verarmung bedeutete. „Genau diese Politik der Bretton-Woods-Institutionen (WB und IWF), die allein auf den Export orientiert und von Wohlstandsverteilung und ökologischer Nachhaltigkeit absieht, ist für die betroffenen Regierungen ein Hindernis in der Entwicklung einer sozialen Politik“, heißt es in einer Erklärung der NGOs. Die Nichtregierungsorganisationen kritisieren insbesondere auch die Art, wie der Bericht zustande gekommen ist.

Während die Vereinten Nationen (fast) alle Staaten auf der Basis gleichen Stimmrechts repräsentieren, sind in der OECD nur die reichen Industriestaaten vertreten, die zugleich die überwältigende Stimmenmehrheit im IWF und in der Weltbank haben. Um gemeinsame Probleme anzugehen, bedürfe es eines Prozesses der Konsensbildung, wie er nur innerhalb der UN möglich sei. Weltbank und IWF würden dagegen ihre Lösungen den Regierungen aufzwingen. In der Tatsache, dass der UN-Generalsekretär dieses Dokument, das die parteiliche Sicht des Nordens repräsentiert, mit eingebracht hat, sehen die NGOs daher eine erhebliche Beeinträchtigung der Verhandlungen.

Schließlich merken die Kritiker an, dass der Bericht die anhaltende Armut in den reichen Ländern vollkommen unberücksichtigt ließe. Hierüber würden keine Statistiken geliefert. Das Bild, das so gezeichnet wird, „zeigt die wirkliche Natur des neuen Konsens: der Norden definiert die Probleme des Südens und liefert die Lösungen“.

Unterdessen ist in den Verhandlungen um Maßnahmen zur Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen immer noch ein erheblicher Teil des Verhandlungstextes umstritten. Europäische Union und USA sperren sich unter anderem dagegen, Gleichheit neben Vollbeschäftigung und Überwindung der Armut als Ziel anzuerkennen.

hav



Ein Denkmal besonderer Art ist jetzt im mittelböhmischen Lidice 20 Kilometer vor den Toren Prags zu sehen: 82 lebensgroße Bronzestatuen wurden nach rund 30-jähriger Arbeit feierlich enthüllt. Sie stellen die Kinder von Lidice dar, die von den Nazis ermordet wurden.

Ungarn: Antrag auf Berufsarmee abgelehnt

Das erste Mal in der Geschichte des ungarischen Parlamentarismus wurde über einen Antrag zur Errichtung einer Berufsarmee ab 2002 diskutiert, der von den Liberalen (SZDSZ) eingebracht worden war. Im Frühjahr hatten sie eine Unterschriftenaktion zur Aufhebung der Wehrpflicht gestartet. Das Vorhaben wurde von 200 000 Bürgern unterstützt. Daher musste sich das Parlament jetzt mit der Frage auseinandersetzen. Der wehrpolitische Sprecher der liberalen Fraktion Imre Mecs trat für eine Berufsarmee ein und meinte, es müsse zwei Streitkräfte geben. Die eine sei nach der Ausbildung überwiegend mit Instandhaltungsaufgaben beschäftigt und die andere der NATO unterstellt. Die Regierungskoalition lehnte den Antrag kategorisch ab. Sprecher der oppositionellen Sozialisten, ohne die eine Zweidrittelmehrheit nicht zustande kommen kann, vertraten die Meinung, dass sie die Idee mittragen würden, nur müssten entsprechende Bedingungen dafür geschaffen werden. Die Abgeordneten verlangten zuverlässige Berechnungen und eine Kostenaufstellung sowie die Prüfung der Reaktion der Bevölkerung. Nationalkonservative Wortmeldungen warfen den Liberalen Verantwortungslosigkeit vor. Die FIDESZ-MPP-Koalition will längerfristig eine Nationalgarde für die militärische Ausbildung der Jungmänner aufstellen. Auf bürgerlicher Seite wurde erneut bestätigt, dass im Jahr 2002 die gegenwärtige Wehrpflicht von neun auf sechs Monate verkürzt werden solle. Die notwendigen Gesetze zur Errichtung einer modernen Landesverteidigung wurden schließlich in dritter Lesung angenommen. Demzufolge soll bis Jahresende der Truppenbestand von 61.500 auf 42.900 abgebaut werden. Der Generalstab soll noch in diesem Jahr in das Landesvertei-

digungsministerium integriert werden. Die neue Wehrstruktur wird dann bis 2010 in drei Etappen durchgeführt. Der SZDSZ-Antrag zur Schaffung einer Berufsarmee wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt. (Quelle: Budapest Rundschauf)

Ungarn: Wüstenrot schluckt ungarische Bausparkasse Lakáskassza

Nachdem sich vor drei Monaten herausstellte, dass die Fusion von Lakáskassza und Fundamenta Lakástakarék-pénztár Rt. nun doch nicht erfolgt, hat Lakáskassza jetzt eine neue Strategie erarbeitet. In einem ersten Schritt heben die deutsche und österreichische Wüstenrot – nach Einholung der notwendigen Genehmigungen – ihre bisherige Beteiligung von 25 auf 51% an. So dürfte es dann niemanden überraschen, wenn das ungarische Unternehmen in Zukunft nach dem in den Mutterländern bewährten Schema umgeformt wird. Über die deutsche und die österreichische Wüstenrot als neue Mehrheitseigentümer sollte man wissen, dass zwischen ihnen starke strategische Bande bestehen, die Eigentumsverhältnisse jedoch nicht miteinander verwoben sind. Vor einigen Jahren hatten sie jedoch entschieden, ihre mittelosteuropäische Expansionspolitik miteinander abzustimmen und ihre Pläne gemeinsam zu verwirklichen. Sie teilten die betroffenen Länder unter sich auf, d.h. die Leitung liegt immer ausschließlich in der Hand eines der zwei Unternehmen. Ungarn „gehört“ zu Österreich und somit wird in Zukunft das österreichische Unternehmen 28, das deutsche 23% der Anteile halten. Am österreichischen Bausparkassenmarkt mit fünf Marktakteuren nimmt Wüstenrot mit insgesamt 1.437.929 Verträgen im Gesamtwert von 343 Mrd. Schilling (6.345 Mrd. Ft) den dritten Platz ein. Ähnlich platziert sich auch das deut-

sche Unternehmen, allerdings gibt es auf dem deutschen Markt 36 Bausparkassen. Die deutsche Wüstenrot hat 3 Mio. Verträge abgeschlossen, die Gesamtvertragssumme liegt bei 123 Mrd. DM (15.990 Mrd. Ft). (Quelle: Budapest Rundschauf)

Österreich zählt in Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien zu den wichtigsten Auslandsinvestoren

Die wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit den Oststaaten durch Investitionskapital ist enger als durch den Außenhandel: Während von den heimischen Exporten auf die Oststaaten nur 16% entfallen, belaufen sich die entsprechenden Anteil bei den Investitionsbeständen auf 33%, bei den Neuinvestitionen auf 40%. Das erklärte der Außenhandelsexperte des Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo), Jan Stankovsky, in einem „Presse“-Gespräch. Der Bestand an österreichischen Direktinvestitionen in den Oststaaten hat Ende 1999 rund 80 Mrd. S erreicht. Mit diesem Wert stellt Österreich einen der wichtigsten Auslandsinvestoren im Osten dar. Dabei hat die Expansion der österreichischen „Multis“ im Osten erst vor zehn Jahren begonnen. Damals belief sich das Kapital der österreichischen Firmen im Osten erst auf bescheidene fünf Mrd. S. Die bevorstehende Osterweiterung der EU werde nach Meinung von Stankovsky den Direktinvestitionen in den Reformländern wichtige Impulse verleihen. Im Vorjahr haben österreichische Unternehmen rund 14 Mrd. S für Betriebsübernahmen und Unternehmensgründungen im Osten investiert. Das hohe Investitionsniveau des Jahres 1998 konnte somit in etwa gehalten werden. Die wichtigsten Zielgebiete Österreichs in den Reformstaaten ist nach wie vor Ungarn, auf das 28% des Kapitalbestandes im Osten entfallen, vor Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei. Bei Neuinvestitionen war aber sowohl 1998 als auch 1999 der wichtigste Partner Tschechien. An zweiter Stelle der österreichischen Investitionsliste lag 1999 Polen. Nur mehr gering waren 1999 die Neuinvestitionen in Ungarn, da in diesem Land die Privatisierung praktisch beendet wurde. 100 S entsprechen 7,27 Euro. (Quelle: Die Presse)

Kroatien: Betrug bei Privatisierung

Die neue kroatische Regierung muss dem Parlament binnen 60 Tagen eine Liste der 200 reichsten Familien des Landes vorlegen. Das beschlossen die Abgeordneten in Zagreb. Der ungewöhnliche Schritt ist Teil der Überprüfung der Privatisierung von Unternehmen unter der alten Regierung des inzwischen Verstorbenen Präsidenten Franjo Tudjman und seiner Partei HDZ. In den vergangenen Monaten waren mehrere Fälle persönlicher Bereicherung aufgedeckt worden, in die Gefolgsleute Tudjmans verwickelt sein sollen.

(Zusammenstellung: hav)

STUTTGART. Etwa 60 Leute aus dem Raum Stuttgart und Tübingen demonstrierten am 24. Juni gegen das Abschiebege- schäft der Lufthansa. Die unangemeldete Aktion begann Punkt 15 Uhr im Stuttgarter Flughafen. Mit zahlreichen Transparen- ten wurde die Abflughalle samt Anzeigetafel in Sekunden- schnelle umdekoriert. Gleichzeitig begann eine Performance- Gruppe eine Abschiebung nachzustellen. Vor einem Lufthan- saschalter positionierte sich eine Mahnwache mit einem Spruchband und Gedenktafeln zu den bei Abschiebungen ge- töteten Flüchtlingen. In der Folge wurde die Akustik des Gebäu- des mit Redebeiträgen und Sprechchören nachhaltig getestet. Recht viel Interesse an den Darbietungen zeigten die zahlreich anwesenden Fluggäste. Die Polizei verhielt sich zunächst zurückhaltend, war aber offensichtlich gut informiert: „Mei- nen Sie nicht, dass die Aktionen in Berlin und Frankfurt dem Image der Lufthansa schon genug geschädigt haben?“ Nach et- wa 40 Minuten drängte sie dann allerdings auf Abbruch der Aktion. Wenig Kunstverständnis zeigte sie gegenüber der Per- formance-Gruppe. Wegen Tragens uniformartiger Kleidungs- stücke nahm sie die Leute vorübergehend fest. *kbs*



Friedensratschlag fordert Auflösung des „Bundessicherheitsrats“

KASSEL. Am 1. Juli tagte in Kassel der Bundesausschuss Friedensratschlag. Neben der Vorbereitung des nächsten Rat- schlags am 2./3. Dezember wurde eine Erklärung gegen den drohenden Panzer- deal mit der Türkei erarbeitet, in der die Abschaffung des Bundessicherheitsrats gefordert wird. Dieses Gremium aus Bundeskanzler, Außenminister, Verteidi- gungsminister, Wirtschaftsminister und Entwicklungsministerin, das über den Export von Waffen und anderen Kriegs- gütern entscheidet, sei ein vordemokra- tisches Gremium, das keinerlei parla- mentarischer Kontrolle untersteht. Im vergangenen Oktober hatte es mit seiner Entscheidung



Aufsehen erregt, einen Testpanzer an die Türkei zu liefern. Dagegen erhob sich sowohl in den Koalitions- fraktionen als auch außerpala- mentarisch viel- fältiger Wider- stand. Die Bundes- regierung selbst

verabschiedete im Januar 2000 neue „Richtlinien“ zum Rüstungsexport, in denen als Kriterium für Waffenexporte u.a die Menschenrechtssituation im Empfängerland genannt wurde. Sollte der Panzerdeal mit der Türkei zustande kommen, würden sich die Richtlinien schon bei der ersten Bewährungsprobe als papierene Beruhigungsspielle ohne je- den realpolitischen Wert erweisen. Eine solche Entscheidung gehöre außerdem vor den Bundestag. Die Friedensbewe- gung wird in jedem Fall ihre Kampagne „Keine Panzer für die Türkei“ fortsetzen. Dazu sind für September bundesweite Aktionstage und am 23. September, zur „Halbzeit“ der rot-grünen Bundesregie- rung, massive Proteste in Berlin geplant.

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

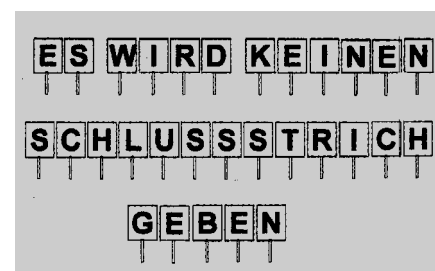
Freispruch für Tobias Pflüger im Prozess wegen Desertionsaufruf

TÜBINGEN. Am 28. Juni wurde der Kriegsgegner Tobias Pflüger vom Vor- wurf des öffentlichen Aufforderns zu ei- ner Straftat (§ 111 StGB) freigesprochen. Er hatte während des Nato-Kriegs gegen Jugoslawien die Soldaten aller Seiten, darunter auch die am „völkerrechtswid- rigen Angriffskrieg“ beteiligten Bundes- wehrsoldaten aufgerufen, „zu verwei- gern und/oder zu desertieren“. Amts- richter Hirn begründete den Freispruch damit, dass Tobias Pflüger in der Situati- on des Jugoslawien-Krieges alle Er- kenntnismittel ausgeschöpft hat, um zu der von ihm vertretenen Auffassung zu gelangen, dass dieser Nato-Krieg verfas- sungswidrig ist. Selbst wenn man jetzt offen lassen müsse, so der Richter, ob der Krieg völkerrechtswidrig sei oder nicht, so dürfte Pflüger von der Völkerrechts- widrigkeit ausgehen. Er unterläge damit einem sog. „Verbotsirrtum“, der die Schuld seines Verhaltens, nämlich auch Bundeswehrsoldaten zur Fahnenflucht aufzurufen, entfallen lasse. Dieser Ver- botsirrtum sei auch „unvermeidbar“, da es zum damaligen Zeitpunkt nicht zu- mutbar war, auf eine Hauptsacheent- scheidung des internationalen Gerichts- hofes in Den Haag zu warten, bevor die Aufrufe zur Desertion veröffentlicht würden. Tobias Pflüger, Geschäftsführer der Informationsstelle Militarisierung (IMI), reagierte erfreut: „Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Jetzt wird es Zeit, dass die Richtigen vor Gericht kommen.“ <http://de.onelist.com/message/IMI-List>

Aktionen am 2. Tag der Lesung des „Stiftungsgesetzes“

MÜNCHEN. Im Juli will der Bundestag das Stiftungsgesetz endgültig verabschie- den. Damit wird für die Täter Rechtssi- cherheit hergestellt, ein genereller Rechtsanspruch der NS-Verfolgten je- doch geleugnet. Rechtssicherheit erhal- ten demnach auch jene Firmen, die kei-

nen Pfennig in den Fond einzahlen (wer- den). Ehemalige Zwangsarbeiterinnen jedoch müssen sogar eine offizielle Ver- zichtserklärung unterschreiben, um überhaupt Zahlungen des Stiftungs- fonds erhalten zu können. In München wird es daher am 5. Juli eine Diskussi- onsveranstaltung zum Thema „Sofortige Entschädigung aller ZwangsarbeiterIn- nen! Kein Täterschutzprogramm, kein Schlusstrich!“ geben und am 6. Juli ei- nen Protesttag mit Verteilaktionen vor Betrieben, die Zwangsarbeiter beschäft- igt haben, vor der Uni-Mensa und am Stachus. Dort wird auch eine große Ta- felreihe aufgestellt: „Es wird keinen Schlusstrich geben!“ Inzwischen haben die Rathausfraktionen der Grünen und SPD von OB Christian Ude eine Liste der zahlungsunwilligen Firmen angeford- ert. Sie wollen prüfen, wie die Stadt den Druck verstärken könnte, etwa durch Ausschluss bei der Vergabe von Aufträ- gen. *mlb/sz*



Endlich Lehren aus Dover ziehen! Kranzniederlegung des AK Asyl

STUTTGART. Der AK Asyl gedachte am 21. Juni mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Faschismus der 58 auf der Flucht in Dover getöteten Flüchtlinge. Er fordert Landes- und Bun- desregierung auf, die Fluchtursachen zu bekämpfen statt weiter Asylsuchende und ihre Fluchtrouten zu kriminalisieren! Die Zugangshürden in den Asylgesetzen entpuppten sich in der Praxis als regel- rechte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Schlepperorganisationen und das

Leid der Flüchtlinge würde immer größer. AK Asyl-Sprecher Werner Baumgarten: „Flüchtlinge erzählen uns mit nacktem Entsetzen in den Augen, was sie durchlitten haben, dass ganze Familien vermisst werden, sie keine Lebenszeichen von Angehörigen erhielten und viele in die Mühlen der Verfolgung geraten seien.“ Der internationale Flüchtlingschutz, so fordert der AK, muss auch sichere Fluchtrouten beinhalten. *kbs*

Demonstration gegen den Nazi-Treff „Club 88“ in Neumünster

NEUMÜNSTER. Am 24. Juni fanden sich ca. 800 Menschen zu einer Demonstration gegen den Nazi-Treff „Club 88“ in Neumünster zusammen. Aufgerufen hatte das „Bündnis gegen Rechts“, das sich allerdings angesichts der vielen TeilnehmerInnen überrascht zeigte. Erfreulich ist die Tatsache, dass sich neben linken Gruppen auch viele SchülerInnen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen dem Aufruf des Bündnisses anschlossen. Im Verlauf der Demonstration kam es gelegentlich zu Provokationen durch einzelne Neonazis, die jedoch von den Demo-Ordern oder Polizei zurecht gewiesen wurden. Auch eine kleine Gruppe von Neonazis, die kurz vor Ende der Demo diese mit ihrem Auftreten provozieren wollte, wurde durch OrdnerInnen und DemonstrantInnen zurückgewiesen. Unschön allerdings die Tatsache, dass nach der Demo Christiane Dolscheid, die Betreiberin des Club 88, mit zwei Begleitern in einem grauen BMW mit dem Kennzeichen NMS-B 824 herum fuhr und einzelne auf dem Heimweg befindliche DemonstrantInnen fotografierte. Dennoch kann die Demonstration auf Grund der Breite des Bündnisses und der hohen Teilnehmerzahl als Erfolg im Kampf um die Schließung des Club 88 gewertet werden.

www.nadir.org

Große Demonstration der Jugend in Leipzig-Grünau gegen Rechts

LEIPZIG. Etwa 1200 jugendliche Demonstranten gingen in Leipzig-Grünau zu einer Protestdemo gegen Rechts auf die Straße. Angemeldet von der jungen PDS-Stadträtin Juliane Nagel, forderte die Demo: „Nazis keine Chance!“ Sie prangerten Erscheinungen rechter Gewalt, von Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz an. Gleichzeitig benannten sie aber auch die gesellschaftlichen Ursachen: die Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft, die inkonsequenten Haltungen gesellschaftlicher Institutionen, wie Medien, Schulen, Verwaltungen und Verantwortung tragender Personen. Ältere Bürger bekundeten Sympathie und schlossen sich der Demo an. Die Demo forderte die Schaffung eines Jugendzentrums, das „der effektiven Förderung antifaschistischer und antirassistischer Jugendkulturen dienen“ soll.

Quelle: Leipziger Neue 23.6. – abe

Gegen rechte Gewalt – 700 demonstrieren in Eberswalde

EBERSWALDE. Die Brandenburgische Stadt Eberswalde stand wiederholt im Zentrum der Aufmerksamkeit, wenn es um rechte Aktivitäten und rechte Gewalt ging (Tod des Angolaners Amadeu Antonio, Brandstiftungen im Asylbewerberheim). Ende Mai geriet sie erneut in die Schlagzeilen, als ein 22-jähriger Linker, Falco L., von einem Rechtsradikalen während einer tätlichen Auseinandersetzung vor ein Taxi gestoßen wurde und im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Siebenhundert jugendliche Linke gedachten unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen“ am vergangenen Sonntag des Verstorbenen. Die Antifaschistische Aktion Potsdam erklärte, dass in einem Klima „dumpfen Rassismus, völkischen Nationalismus und kleinbürgerlicher Spießigkeit“ rechte Gruppen Unterstützung und Anhänger finden. Teilnehmer der Gegendemo erklärten am Rande der Aktion, dass es für linke Jugendliche schwer sei, sich in der Stadt zu behaupten. Deshalb wandte sich auch die Gruppe „Kontroverse“, die die Demo angemeldet hatte, an die Bürger der Stadt, antifaschistische Gruppen zu unterstützen und keine Dominanz rechter Gruppen zu lassen.

Quelle: ND, 3.7. – abe

Mahnsäule vor dem Reichstag gegen Truppenübungsplatz

BERLIN. Der Sprecher der Bürgerinitiative „Freie Heide“, Pfarrer Benedikt Schirge, ist von der Reaktion der SPD, bes. des Verteidigungsministers Scharping, tief enttäuscht. 1994 hatte Scharping erklärt, dass „ein solcher Bombenabwurfplatz in Deutschland unnötig“ sei. Jetzt musste die Initiative feststellen, dass die SPD diese Positionen aufgegeben hat. Nach einer viertägigen Protestwanderung endete die Demo vor dem Reichstag, wo eine aus einem Baumstamm herausgehauene Protestsäule an die Vertreter der SPD-Fraktion übergeben wurde. Bundestagspräsident Thierse war bei der Übergabe nicht dabei. Die „Freie Heide“ wehrt sich gegen die Nutzung des früheren Truppenübungsplatzes durch die Bundeswehr. Mehr als 90.000 Menschen nahmen bisher an Protestdemos teil.

Quelle: Berliner Zeitung, 6.6. – abe

fzs begrüßt das Scheitern des Studiengebühren-Staatsvertrages

BONN. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) begrüßt, dass am 16. Juni kein Länder-Staatsvertrag auf Grundlage des Beschlusses der Kultusministerkonferenz (KMK) zu Studiengebühren zustande kam. „Die Umsetzung des KMK-Beschlusses in einen Staatsvertrag hätte letztendlich die flächendeckende Einführung von Studiengebühren im Bundesgebiet bedeutet.

Anders als von Medien und Politik dargestellt, hätte ein solcher Staatsvertrag nicht die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums garantiert, sondern den endgültigen Einstieg in die Gebührenlogik markiert.“ erläutert Kerry Sailer vom fzs-Vorstand. Der fzs hat sich als Initiator und Gründungsmitglied des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) an dessen Aktivitäten und den bundesweiten Demonstrationen gegen Studiengebühren maßgeblich beteiligt. Dabei sprachen sich Tausenden von StudentInnen für ein gebührenfreies Studium ohne Wenn und Aber aus. Der fzs fordert daher weiterhin die Festschreibung eines generellen Verbotes von jedweden Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz (HRG). *www.pbjacon.de/studierende-fzs*

Kampagne von Berliner Studenten gegen die „verdeckte Armut“

BERLIN. Mit einer Informationskampagne wollen Studenten der Freien Universität (FU) Berlin gegen die sogenannte verdeckte Armut mobil machen. Unter dem Motto „Fehlt Ihnen etwas?“ sollen Menschen mit geringen Einkünften ermutigt werden, zum Sozialamt zu gehen, so der Politikwissenschaftler und Leiter der Projektgruppe am Otto-Suhr-Institut, Peter Grottian. Ab 3. Juli werden neben Plakaten auf U-Bahnhöfen, Radiospots und Zeitungsanzeigen unter einer speziellen Hotline alle Fragen rund um die Sozialhilfe beantwortet.

www.partisan.net/inkurz

Das Kirchenasyl für zwei kurdische Geschwister in Hassloch geht weiter

NEUSTADT/WEINSTRASSE. Das Verwaltungsgericht Neustadt/Weinstraße hat sich am 25. Juni mit der Klage der kurdischen Geschwister Mehmet und Raime Orak gegen das Bundesamt für Asylangelegenheiten befasst, das ein Asyl für beide abgelehnt hat. Das Urteil wird in ca. 2 Wochen verkündet. Am Verhandlungstag fand vor dem Gerichtsgebäude eine Mahnwache statt. Der Saal war mit ca. 30 Besuchern voll, viele mussten draußen warten. In der Familie der Oraks sind bereits zwei Cousins beim Wehrdienst umgekommen, jetzt soll Mehmet Orak eingezogen werden. Weitere Angehörige sind durch türkische Sicherheitskräfte getötet worden. Pfarrer Hermann Munzinger sagte zu, dass das Kirchenasyl weiter aufrecht erhalten bleibt. (Bild: Gemeindehaus)



kim



Rock-o-Rama

„Köln stellt sich quer“

Am Samstag, den 24.6.2000 veranstaltete die Antifa K zusammen mit dem Bündnis „Köln stellt sich quer“ eine Demonstration gegen den in Köln ansässigen Nazimusikversand Rock-O-Rama. Zu der unter dem Motto „Rock-O-Rama dichtmachen! Gegen Europas größtes Nazi-Label vorgehen!“ aufgerufenen Demo kamen ca. 600 TeilnehmerInnen.

Die Demo stellt den vorläufigen Abschluss der Kampagne „Weg mit dem rechten Sound-Dreck!“ dar, die sich gegen Nazibands, Nazimusik, -labels und Versände in Köln und Umgebung richtet. Ziel der Kampagne ist es, auf das lukrative Geschäft mit der Nazimusik aufmerksam zu machen. Immerhin ist der rechtsextreme Musikmarkt in Deutschland mittlerweile zu einem Millionengeschäft angewachsen, von dem auch die hiesigen Nazistrukturen profitieren. Das Anliegen der Kampagne wurde u.a. unterstützt vom Ex-Regierungspräsidenten Franz-Josef Antwerpes, den Paveiern und Jürgen Becker. Bereits im Vorfeld der Demo wurde das gutfunktionierende Netzwerk der Nazimusik in Köln und Umland durch Vorträge, Informationsmaterial und Aktionen aufgedeckt. Eine eigens erstellte Broschüre zur Kampagne informiert über die unterschiedlichen Musikströmungen, in denen sich der rechte Trend durchsetzt, sowie über die propagandistische Funktion von Nazimusik. Doch es ging auch um mehr: Mit diversen Konzerten und Parties wurde versucht, eine linke Kultur zu stärken.

Obwohl es eine Vielzahl von kleineren Rechtsrock-Versänden in Köln gibt – zu nennen sind da z.B. der Alternativ CD-Vertrieb, der Midgard Versand und Man-

fred Rouhs Versand Signal –, so ist Rock-O-Rama doch der größte Versand mit angegliedertem Label für rechtsradikale Musik in Europa. Rock-O-Rama existiert bereits seit 1977 und wird von Herbert Egoldt betrieben. Bis 1993 galt Rock-O-Rama als einziger autorisierter Versand zum Vertrieb des vom Skrewdriver Sänger Ian Stuart Donaldson gegründeten Blood&Honor-Labels. Im Programm von Egoldt befinden sich nach wie vor alle einschlägig bekannten Nazibands wie Endstufe, Oithana-sie, Kraftschlag, Störkraft, Werwolf, Skrewdriver etc.

Die Demonstration ging an den in Köln-Braunsfeld ansässigen Lagerräumen von Rock-O-Rama vorbei. Auf der Aachener Straße gab es einen Zwischenstopp an der Gaststätte „Stass“, in deren Räumen die Gründungsveranstaltung des Kölner „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ stattfand. Auf dieser Veranstaltung drohte der Kölner KDS-Chef Axel Reitz alle DemokratInnen demnächst „auf dem Marktplatz zu erschießen.“

Ein paar fliegende Farbeier verschönernten am 24.6. das Gebäude. Weiter ging es bis zum Rudolphplatz, auf dem die Abschlusskundgebung abgehalten wurde. Unter anderem sprachen dort der Kabarettist Wilfried Schmickler (Mitternachtsspitzen), sowie der Anwalt der Opfer des rechtsradikalen Anschlags von Solingen, Reinhard Schön.

Bleibt zu hoffen, dass die Demonstration und die Kampagne dazu beitragen konnten, das braune Geschäft mit der Nazimusik ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken und die Funktion von Nazimusik als Träger von rechtsradikaler Propaganda aufzudecken. mil

„Ich fordere das Verbot der Firma ‚Rock-o-Rama‘“

Auszüge aus der Rede von Rechtsanwalt Schön

„...Türkenfotze abrasiert, Türkenfotze naßbrasiert, Türkenfotze, Türkenpack, raus aus unserem Land, geh zurück nach Ankara, denn du machst mich krank, Nadelstreifenanzug, Plastiktütenträger: Raus du alte Schlampe.“

Ich glaube, man kann sich keinen menschen- und frauenverachtenderen Text vorstellen. Er stammt von der Gruppe „Böse Onkelz“.

Dieses Lied sang der damals 15 Jahre alte Felix Köhnen, Arztsohn aus linksliberalem Elternhaus und einer der verurteilten Attentäter auf das Haus der Familie Genc in Solingen, seiner Mutter nach dem Brandanschlag von Mölln und vor dem von Solingen vor. Der Text fand sich gespeichert auf seinem Computer. Er drückt die Gesinnungslage der jungen Leute aus, die sich später zum schrecklichsten rassistischen Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte zusammenschlossen.

Nach dem notwendigen Besäufnis auf einem Polterabend und Prügeleien mit zum Teil ausländischen Mitbürgern dort begaben sich in der Nacht vom 28. auf den 29.5.1993 drei der vier später Verurteilten in aufgewühlter Stimmung zu einem Freund. Dort turnte man sich mit Musik der Gruppen „Bösen Onkelz“ und „Störkraft“ an.

Anschließend verließ man die Wohnung, traf in der Solinger Innenstadt auf einen weiteren Gesinnungsgenossen, versorgte sich mit Brandbeschleuniger und begab sich zum Haus der Familie Genc. Mitten in der Nacht wurde Benzin in den Hauseingang geschüttet und angezündet. 5 junge Mädchen und Frauen, die 4jährige Saime Genc, die 9jährige Hülya Genc, die 18jährige Hatice Genc und die 12jährige Gulüstan Oztürk kamen qualvoll in den Flammen um. Sie hatten niemandem etwas zuleide getan. Sie wurden Opfer eines blinden Rassismus, wie er von Gruppen wie den „Bösen Onkelz“ gepredigt wurde.

Drei der Täter erhielten die höchstmögliche Jugendstrafe von 10 Jahren, der vierte 15 Jahre Gefängnis nach Erwachsenenrecht.

Der erste, Christian Buchholz, früher praktizierender Oi-Skin, wird nach sieben Jahren Jugendhaft nächste Woche aus der Haft entlassen. Felix Köhnen wird in diesem Jahr folgen. Dies erscheint mir keine adäquate Sanktion für die bis heute Uneinsichtigen.

Auch die 3 Jugendlichen, die im Oktober 1991 Molotowcocktails in ein Asylbewerberheim im niederrheinischen Hünxe warfen und dabei ein libanesisches



Fotos: arbeiterfotografie

„Gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus“ in Bietigheim

Rock gegen Rechts – street parade am 22.7.

BIETIGHEIM. Das Rock gegen Rechts, das seit zehn Jahren eine klare Botschaft gegen jede Form von Unterdrückung von Menschen durch Menschen formuliert, wird auch in diesem Jahr stattfinden. Da es sich jedoch als unmöglich erwiesen hat, das erfolgreiche Konzept der letzten Jahre gegen den Widerstand der Stadtverwaltung durchzusetzen, werden wir am 22. Juli die Rock gegen Rechts street parade feiern. Diese Demonstration soll allen Interessierten offen stehen; sie wird den Charakter eines bunten Straßenfestes haben, das alle Menschen ansprechen soll.

Seit 1990 findet das Rock gegen Rechts Festival unter dem Motto gemeinsam gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus statt, um ein Zeichen gegen den Rechtsruck der Gesellschaft und fremdenfeindliche Übergriffe, die auch hier in Bietigheim-Bissingen keine Seltenheit waren und sind, zu setzen. Bis einschl. 1995 wurde die Veranstaltung als Open Air-Konzert durchgeführt und erreichte bis zu 3000 Menschen. In den Jahren 98/99 wurde das Festival wegen Regens in das Jugendhaus Farbstrasse verlegt, wo trotz begrenzter räumlicher Möglichkeiten über 1000 Gäste gezählt wurden. Das Echo, das diese Veranstaltungen erfahren haben, war durchweg positiv.

Doch allem Anschein nach wird dieser Thematik in den Reihen der Stadtverwaltung keine allzu große Bedeutung beigemessen. Zunächst erteilten die Verantwortlichen im Rathaus dem Konzept, das sich in den letzten zwei Jahren auf hervorragende Weise bewährt hat, eine Absage: einer Rock gegen Rechts-Veranstaltung im Jugendhaus wurde die Genehmigung verweigert. Mangels stichhaltiger Argumentation wurde das große Ausmaß der zu erwartenden Ruhestörung vorgeschoben. Auch ein daraufhin eingereichter Antrag für die Genehmigung eines Open Airs in Bissingen wurde abgelehnt. Die Begründung war in diesem Fall gleichfalls Ruhestörung. Doch das Leben scheint tatsächlich voller Ironie zu sein: nur eine Woche vor dem von unserer Seite genannten Termin, dem 22. Juli, wird auf eben jenem Gelände ein zweitägiges Volksfest inklusive Bierzelt und Kapelle, vermutlich jedoch ohne das geringste Geräusch, stattfinden.

Treffpunkt für die street-parade ist der Bietigheimer Bahnhof am Samstag, den 22. Juli ab 15 Uhr. Ab 16 Uhr wird sich der Demonstrationzug in Richtung Altstadt bewegen, und schließlich am Pferdemarktplatz ausklingen. Wenn es keinen Ort für ein Rock gegen Rechts 2000-Festival gibt, nehmen wir uns die Straße!

www.nadir.org/nadir/aktuell/

Mädchen lebensgefährlich verletzt, gaben vor Gericht an, sie hätten sich vorher auf einer Fete mit Koma-Saufen und Oi-Musik in Stimmung gebracht.

Es ist die Katalysatorfunktion, die diese von Ausländerhass, Menschenverachtung und Gewaltverherrlichung geprägte Musik so gefährlich macht, speziell für orientierungslos gewordene Jugendliche auf dem Hintergrund von Jugendarbeitslosigkeit und allgemeinem Werteverfall.

Derartige Musik hat, das muss man in aller Deutlichkeit sagen, mit dazu beigetragen, dass solche schrecklichen Brandanschläge wie die von Hünxe oder Solingen stattfinden konnten.

Schaut man sich die Indizierungsentscheidungen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften aus den 90er Jahren an, so findet man schon damals als Verleger der Gruppe „Böse Onkelz“ und „Störkraft“ die Firma „Rock-o-Rama“ aus Brühl und die Firma „Bellaphon Records“ aus Frankfurt.

Offensichtlich hat es die auch hier in Köln ansässige Firma „Rock-o-Rama“ über Jahre hinweg geschafft, immer wie-

der rechtsradikale und rassistische Musik zu verbreiten, ohne dass ihr das Handwerk gelegt wurde.

Die direkten Zusammenhänge zwischen derartiger Musik und der stimulierenden Wirkung, die sie z.B. auf Hooligans in den Fußballstadien und auf sonstige gewaltbereite Jugendliche hat, macht es unerlässlich, entschieden gegen die Verbreitung dieser Musik vorzugehen.

Das Strafrecht bietet den Straftatbestand der Volksverhetzung § 130 StGB, die Gewerbeordnung ermöglicht über § 35 GewO die Untersagung des Gewerbes bei sogenannter Unzuverlässigkeit. Wichtiges Gemeinschaftsgut im Sinne dieser Bestimmung ist mit Sicherheit das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsteile.

Derjenige, der systematisch dazu beiträgt, dass durch das Verbreiten der oben beschriebenen Musik Rassenhass geschürt und Gewaltbereitschaft geweckt wird, hat den Anspruch auf Gewerbebefreiheit eingebüßt. Ich fordere das Verbot der Firma „Rock-o-Rama“.



Stromrebellin

Zu einem Infoabend der GRÜNEN LISTE Schwaigern bei Heilbronn kamen 20 Leute, um sich über Ökostrom aus der Schwarzwaldgemeinde Schönau zu informieren. Die Gemeinde Schönau nennt sich auch Solarhauptstadt Deutschlands. Sie gewinnt 1% ihrer Energie (70 KWh) aus Fotovoltaikanlagen, das sind fast 30 Watt pro Einwohner. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben nicht nur ihr eigenes Stromnetz (gekauft), sondern sie erzeugen ihren Strom ausschließlich aus alternativen Energien und BHKW (Blockheizkraftwerken).

Die EWS wurden im Juli 1997 von einer Bürgerinitiative übernommen. Und so bestimmen die Bürger und Anteilseigner wie ihr Strom erzeugt wird und was mit den Überschüssen geschieht. Die werden nämlich in neue Ökokraftwerke investiert. Die Schönauser verkaufen ihren grünen Strom auf dem freien Markt für 9,28 Pf/KWh mehr als die Atomkonzerne (der Tarif heisst: Watt ihr Volt). Das bedeutet, wer bei den EWS Stromkunde wird hängt zwar weiter am Netz der herkömmlichen EVU, zahlt aber zusätzlich 9,28 Pf/KWh (6 Pf. als Investition für ökologische Stromproduktion, 2 Pf. für Verwaltung und Werbung, 1,28 Pf. für die Umsatzsteuer) an die EWS und bekommt auch was vom Schönauser Ökostrom ab. Leider sind die Stromnetze immer noch im Besitz der grossen Atomkonzerne und die können die Durchleitungsgebühren und sonstige Bedingungen für die Stromspeisung bestimmen. Deshalb kann man auch keinen Ökostrom direkt aus Schönau beziehen. Aber die Schönauser investieren bundesweit (bisher in 70 Städten und Gemeinden) in „Ökostromkraftwerke“. In Besigheim z. B. wurde eine Fotovoltaikanlage mit 2,7 KW gebaut. Die alleinige Förderung von Neuanlagen garantiert, dass die Ökostromproduktion durch das „Watt ihr Volt“-Programm ständig ansteigt. Aber die EWS tun noch mehr, sie bezahlen an ihre dezentralen Stromlieferanten mit BHKW 13 bis 15 Pf/KWh (die EnBW z. B. nur 3 Pf/KWh). Für Sonnenstrom geben sie 1 DM/KWh aus, während die EVU weniger als 17 Pf/KWh bezahlen. Doch inzwischen hat die Bundesregierung mit den Schönausern fast gleichgezogen, sie garantiert jetzt die Einspeisevergütung mit 99 Pf/KWh für Solarstrom. Bei „Watt ihr Volt“ konnten es die Schönauser aber nicht belassen; sie mussten reagieren als die konventionelle Stromwirtschaft einen Preiskampf entfachte. Ein neues preisgünstiges Angebot „Watt ihr spart“ wurde kreiert. So gibt es nun alternativ zum Ökoaufschlag auch den Spartarif mit einem KWh-Preis von 29,58 Pfennig – ohne Grundgebühr, nur mit einer Zählermiete von 5,59 Mark im Monat. Inzwischen beziehen über 1000 Verbraucher ihren Strom aus Schönau.

Kommunaler Alltag, Heilbronn (rudi)

Kommunale Politik

Umverteilen!

KÖLN. Größer als erwartet war das Interesse der Passant(inn)en an dem Flugblatt, das die Arbeitsgruppe „Umverteilen!“ während einer Aktion am Zülpicher Platz verteilte. Unter dem Titel „Die Privatisierungswelle stoppen – Reichtum umverteilen“ wandte sich die Gruppe, in der Linke über die Parteigrenzen hinweg zusammen arbeiten, an die Öffentlichkeit, um auf die Vorteile öffentlichen Eigentums hinzuweisen und gegen die geplanten (und bereits erfolgten) Privatisierungen mobil zu machen. Stattdessen fordert die Gruppe den Ausbau des öffentlichen Sektors, die sofortige Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Besteuerung von Spekulationsgewinnen.

Wasser marsch! MANNHEIM. Die Stadt Mannheim, vertreten durch Bürgermeister Rolf Schmitt, hat beschlossen, die Rasensprengleranlage am Wasserturm in Betrieb zu nehmen, wenn sich zu viele Personen auf den Grünflächen aufhalten. Bei warmen Wetter ist das Gelände einer der wenigen grünen Flecken im Herzen der Stadt, an denen man sich in den heißen Sommermonaten aufhalten kann, um ein wenig Schatten und Ruhe zu genießen. Gerechtfertigt wird dieser Beschluss damit, dass große Schäden am dem Brunnen und der Wiese entstehen würden, wenn sich zu viele Menschen dort aufhalten. Eine fadenscheinige Begründung, denn in Wirklichkeit geht es der Stadt darum, die gesamten Anlagen von Menschen frei zu halten, besonders an einem Ort wie dem Wasserturm, in dessen nächster Nähe sich der Rosengarten befindet, renommierte Hotels sind und nicht die armen Leute Mannheims wohnen. Jeden Sonntag im Sommer werden extra zwei Beamte dafür abgestellt, den Wasserturm zu bewachen, die Kosten dafür belaufen sich auf 10.000 DM, dafür kann man viele Blumen kaufen.

Die Freitreppe muss bleiben! STUTTGART. Auf dem Fest der Lokalen Agenda 21 am 17. Juni wurde u.a. eine Unterschriftensammlung für den Erhalt der Freitreppe am Stuttgarter Schloßplatz angefangen. Innerhalb kurzer Zeit haben ca. 100 Vorbeigehende unterschrieben und einen großen Teil ihrer Argumente auf einem Blatt Papier öffentlich aufgehängt. In dem Aufrufertext heisst es: „Die Freitreppe am Kleinen Schloßplatz ist der zentrale Treffpunkt von Stuttgart. Nun soll dieser Platz durch eine Galerie ersetzt werden. Damit würde ein wichtiger Kommunikationsort den BürgerInnen dieser Stadt entzogen werden. Deshalb muss diese Entscheidung neu auf den Prüfstand und eine Lösung gefunden werden, die ein multifunktionales Kulturhaus mit der Freitreppe verbindet.“ Die PDS/Linke Liste Stuttgart unterstützt die Aktion.

Schritt in die 2. Reihe. HEILBRONN. Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung musste der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung der Zuteilung der Ämter auf die verschiedenen Dezernate (ein Dezernat wurde gestrichen) zustimmen. Dabei ging es auch um die Stabsstelle der Frauenbeauftragten, die bisher direkt dem OB unterstellt war, wie in allen mit Heilbronn vergleichbaren Städten. Auch das Landesgleichstellungsgesetz sieht dies so vor. Jetzt soll Frau Mergen als 1. Bürgermeisterin die Verantwortung für die Stabsstelle übernehmen. Die VertreterInnen von SPD, Grüne, Freie Wähler bewerten dies als Rückschritt, der allerdings nichts mit der Dezernentin zu tun habe. Vielmehr gehe es um die Wertigkeit für die Leitstelle und damit um die Bedeutung kommunaler Frauenpolitik. Aber sie unterlagen in der Abstimmung den Stimmen der CDU-Fraktion und einer FDP-Stimme.

Zukunftskonferenz. NÜRNBERG. Bei der 1. „Zukunftskonferenz“ Deutschlands suchen Nürnberger Bürger nach neuen Konzepten für ihre Stadt. Vertreter der Stadtverwaltung sowie rund 200 Bürger befassten sich am 30. Juni/1. Juli in Arbeitsgruppen mit der Umgestaltung der Nürnberger Südstadt von der Industriezone in einen modernen Stadtteil. Die Umstrukturierung wird von der EU und dem Freistaat Bayern mit insgesamt 100 Millionen Mark über sieben Jahre unterstützt. Ein Thema war daher der Einsatz von Fördermitteln. Das Konzept der Zukunftskonferenz stammt aus den USA: Bürger, Unternehmer, Verbände, Interessengruppen sollen in Erneuerungen einbezogen werden.

Krankenhausträger bleiben stur. FANKFURT/MAIN. Die Initiative für den Erhalt der Gynäkologie am St. Katharinen-Krankenhaus in Frankfurt-Bornheim hat in kurzer Zeit 17.000 Unterschriften gegen die geplante Schließung der Abteilung gesammelt. Die Proteste haben immerhin auch den Älterstenausschuss der Stadtverordnetenversammlung veranlasst, vom Sozialministerium eine Überprüfung zu verlangen, zumal bis zum Jahr 2010 im Einzugsbereich des Krankenhauses Wohnraum für etwa 80 Tausend Menschen entstehen soll. Aus einem jetzt vorgelegten Magistratsbericht geht allerdings hervor, dass der Krankenhausträger trotzdem an der Schließung festhalten will. Ungeachtet der Proteste behauptet er weiter, dass die Abteilung nicht ausgelastet sei.

Informative Broschüre: „Von der Gemeinde zum Konzern Stadt – Auswirkungen von Ausgliederung und Privatisierung für die politische Steuerung auf kommunaler Ebene.“ Autoren: Norbert Wohlfahr und Werner Zühlke. 1999. ISBN 3-8176-6154-1. Preis: 20 DM. *baf*



Siebter eintägiger Streiktag am 20. Juni bei Transmedia: Streikposten vor dem Gebäude in der Käfertaler Straße.

Arbeitskampf bei Transmedia Mannheim

200 Beschäftigte seit sechs Wochen im Streik

Mannheim. Transmedia ist ein sogenanntes modernes Dienstleistungsunternehmen in Mannheim-Wohlgelegen mit rund 200 Beschäftigten – von Beruf: Datenverarbeitungsredakteure. Vor gut drei Jahren, erhält die bis dahin relativ kleine Mannheimer Firma einen Großauftrag von der Bundesanstalt für Arbeit, der rund 95% der Umsätze ausmacht. Seit dem pflegt Transmedia die zentrale Aus- und Fortbildungsdatenbank der Bundesanstalt und erstellt u.a. die Zeitschriften abi und UNI.

Damit begannen aber auch die Auseinandersetzungen. Das erstaunliche ist, dass die Beschäftigten auf die Barrikaden gehen in einer Branche, die als gewerkschaftliches Niemandsland gilt: Der boomende Dienstleistungssektor. Gerade hier, so die gängige Meinung, seien die Löhne besonders hoch, und die Angestellten wollten eigentlich gar keinen Betriebsrat und schon gar keine Gewerkschaften im Betrieb.

Bei Transmedia ist es jedoch gerade andersherum. Die Beschäftigten werden mit einem Einstiegsgehalt von 3350 Mark eingestellt – später erhält man rund 4300 Mark – brutto wohl gemerkt. Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt es keins. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. 70% der Beschäftigten haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag in der Tasche. Durchaus üblich in der Branche ist, dass Tarifverträge ein Fremdwort sind und keine Gültigkeit besitzen.

Anfang letzten Jahres aber begannen sich die Beschäftigten in größerem Stile zu wehren. Ein Betriebsrat wurde gewählt. Rund die Hälfte der Beschäftigten hat sich inzwischen gewerkschaftlich bei der HBV organisiert. Sie wollen einen Tarifvertrag. Die Reaktion der Geschäfts-

leitung war aber bisher nur schroffe Ablehnung. „Für Transmedia-Lösungen braucht der Betriebsrat keine HBV“, ließ der Geschäftsführer Hammes in einem Rundschreiben verlautbaren.

Nach einigem Hin und her ist der Konflikt nun eskaliert. Nun ist es zum Streik gekommen. 97% der Mitglieder und 71 % der Nichtmitglieder stimmten in einer Urabstimmung für Streik. Selbst die HBV war überrascht über diese hohe Streikbereitschaft.

Die Forderungen der Beschäftigten sind:

Gehaltstarifvertrag, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, 30 Tage Urlaub für alle, mehr unbefristete Arbeitsverhältnisse, bezahlte Freistellung von der Arbeit für Tarifkommissionsmitglieder.

Seit dem 18. Mai ist nun an acht Tagen, nicht regelmäßig hintereinander sondern flexibel, gestreikt worden. Der neunte Streiktag ist in Vorbereitung. Die Geschäftsführung versucht dies durch den Einsatz von Streikbrechern zu konterkarieren. Der Betriebsrat ist wegen mangelnder Unterrichtung über deren Arbeitseinsatz mit einer Klage vor das Arbeitsgericht gezogen. Die Stimmung unter den Beschäftigten ist gut. Aber die Geschäftsführung hat noch keine Anzeichen für ein Einlenken zu erkennen gegeben. Die Beschäftigten und die HBV gehen davon aus, dass der öffentliche Druck auf die Geschäftsführer von Transmedia verstärkt werden muss. Sie versuchen auch die Bundesanstalt für Arbeit in die Pflicht zu nehmen, die durch Großaufträge Transmedia zu dem gemacht hat, was sie nun ist. Immerhin sitzt mit Ursula Engelen-Käfer die stellvertretende DGB-Vorsitzende im Aufsichtsrat der Bundesanstalt.

scr

Streiks im Kölner Einzelhandel

Nachdem auch die fünfte Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den nordrhein-westfälischen Einzelhandel am 7. Juni ohne Ergebnis gescheitert war, platzte den Beschäftigten der Kragen: Am 16. Juni fanden die ersten Streiks statt. In Köln zeigten die Kolleg(inn)en des Globus-Verbrauchermarktes in Bickendorf und des Wal*Marts Boltensterstraße ihren Unmut und verzichteten darauf die Arbeit wie gewohnt morgens zu beginnen.

Die Gewerkschaft HBV war mit der Forderung nach einer Tarifierhöhung von 4%, mindestens aber 140 DM mehr Lohn und Gehalt in die Verhandlungen gegangen. Der Einzelhandelsverband bot dagegen lediglich jeweils 2% bei einer Vertragslaufzeit von 24 Monaten an. Im Gegenzug wollten die Unternehmer das Urlaubsgeld pauschal um 5% kürzen – ein Angebot, daß die Gewerkschaft als nicht akzeptabel zurückwies. ... Helga Bruchmann, als HBV-Sekretärin für den Einzelhandel zuständig, stellte fest, dass die Stimmung bei den Streikenden gut sei: „Wir sind bereit zu kämpfen. Egal ob Real, Extra oder Globus: Es wird in den kommenden Wochen in Köln weitere Urabstimmungen geben und dann wird gegebenenfalls auch dort gestreikt.“ tri

Streiks in der Stuttgarter Innenstadt

Nachdem bereits am 15. Juni 2000 Beschäftigte der Firma Karstadt Stuttgart einen ganzen Tag die Arbeit niederlegten, werden nun am Mittwoch, den 28. Juni, die Beschäftigten des Kaufhofs in Stuttgart und von Spielwaren Kurtz durch die Gewerkschaft HBV zum Streik aufgerufen. Auch die Beschäftigten von Hornbach in Remseck werden an diesem Tag die Arbeit niederlegen. In den folgenden Tagen sind weitere Streiks im Bezirk Stuttgart in Planung.

Am 6. Juni wurde Wal Mart in Esslingen und der Kaufhof Bad Cannstatt, am 26.6. die Firma Real in Gerlingen bestreikt. Seit fast drei Monaten warten die Beschäftigten schon vergeblich auf eine Tarifierhöhung. Die Arbeitgeberverbände des Einzelhandels, EHV und LAG, blockieren sich gegenseitig und verhindern so zum Nachteil der Beschäftigten eine Tarifeinigung im baden-württembergischen Einzelhandel. Ende der vergangenen Woche ist eine Tarifeinigung wieder in weite Ferne gerückt. Jetzt macht die Gewerkschaft HBV durch eine Verschärfung des Arbeitskampfes Druck auf die Verhandlungen am Freitag, den 30.6. Auch bei Wal Mart und Schlecker, die keinem der beiden Arbeitgeberverbände angehören und damit nicht tarifgebunden sind, wird der Arbeitskampf härter. Die Forderung, einen Anschluss-tarifvertrag zu unterschreiben, haben sie bisher abgelehnt.

PM HBV, 27.7.

Beamtinnen und Beamte bei der Besoldung nicht abkoppeln

In Berlin sind rund 105.000 Beamtinnen und Beamte von der Anpassung der Besoldung betroffen. Ihnen droht die Abkopplung von den Tarifgehältern der Arbeiter/innen und Angestellten in einem Ausmaß, das bisher noch nicht dagewesen ist. Die Bundesregierung und Bundesinnenminister Otto Schily planen, die Besoldung in diesem Jahr nur um 0,6 % und im nächsten Jahr um 1,7 % anzuheben. Die Einkommen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten werden hingegen nach dem am 13. Juni gefundenen Tarifkompromiss um 2,0 % in diesem und 2,4 % im nächsten Jahr angehoben. Die Abkopplungen früherer Jahre beschränkten sich auf eine zeitversetzte Übertragung bzw. im Jahr 1999 erstmals



auf eine um 0,2 Prozentpunkte geringere Anhebung der Beamtenbesoldung.

Auf dem Land und auf dem Wasser demonstrierten deshalb am 22. Juni mehr als 1000 Beamtinnen und Beamten vor dem Innenministerium für die Forderung nach voller Übertragung des Tarifergebnisses. Eine Abkopplung würde der Ost-West-Spaltung der Beschäftigten eine weitere Trennungslinie hinzufügen: die Spaltung in Einkommen der Angestellten/Arbeiter/innen einerseits und Beamtinnen/Beamte andererseits – und dies auf beiden Seiten der Tarifmauer. Aufgerufen hatten die Gewerkschaften DAG, DPG, GdP, GEW und ÖTV in Berlin. (nach PE von ÖTV und DAG Berlin)

Asterix und Obelix gegen Standortverlagerung

Der Ehapa-Verlag für Comichefte, einer der großen in der Bundesrepublik, beabsichtigt den Standort Stuttgart aufzugeben, um nach Berlin umzuziehen, die örtliche Presse berichtete. Die Beschäftigten und die Gewerkschaft hbv wehren sich.

In der am heutigen Donnerstag, den

15.06.2000 im Ehapa Verlag stattgefundenen Betriebsversammlung haben sich die Beschäftigten für phantasievolle Aktionen zum Erhalt der Arbeitsplätze und des Standortes stark gemacht,

In einer sehr engagiert geführten Betriebsversammlung brachten die ArbeitnehmerInnen ihren Unmut über die Politik der Geschäftsleitung zum Ausdruck. „So ist bis zum heutigen Tag trotz aller Erklärungen die Frage der Standortverlagerung von Stuttgart nach Berlin für viele Beschäftigten nicht nachvollziehbar.“ Unabhängig von der persönlichen Betroffenheit des Einzelnen wurde festgestellt, dass „hier in unverantwortlicher Weise mit den Beschäftigten umgegangen wird“. „Dies wolle man sich nicht bieten lassen und schon gar nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.“

Neben verschiedenen Informationen seitens der Gewerkschaft HBV und des Betriebsrates bestimmte die Frage nach den Alternativen die Diskussion. Die Geschäftsleitung, so Cuno Hägele von der Gewerkschaft HBV-Bezirksverwaltung Stuttgart, verschleudert fahrlässig Ressourcen, die da heißen Qualifikation, Erfahrung, Engagement. Statt die steuerlichen Vorteile an einem beabsichtigten Standort in Berlin zu sehen, so Hägele weiter, sollte vielmehr die Frage nach den möglichen Alternativen in der Region gestellt werden. Die Millionen, die ein Umzug verschlingen würde, könnten sinnvoll von Stuttgart ausgehend in neue Geschäftsfelder und Produktschienen investiert werden, oder will man zukünftig alle paar Jahre umziehen, wenn der Markt und die Zielgruppen sich verändert? „Der Standort hier hat eine Chance“, so der Gewerkschafter, „denn hier wurde die Marktstellung erarbeitet, die Ehapa heute besitzt.“

Asterix und Obelix gegen Arbeitsplatzabbau und Standortverlagerung unter diesem Motto ruft die Gewerkschaft HBV die Beschäftigten und die interessierte Öffentlichkeit zur Gründung eines Aktions- und Solidaritätskomitees am Dienstag, den 27.6.2000 auf.

Insolvenzantrag für Schwermaschinenbau Karl Liebknecht (SKL)

Der letzte Maschinenbaubetrieb der DDR SKL ist pleite. Zu DDR-Zeiten waren im SKL 8.800 Menschen beschäftigt. Heute sind es noch 275, die sich auf die Produktion von Schiffsdieselmotoren spezialisierten. Die Übernahme durch die MTU Motoren- und Turbinenunion (Friedrichshafen) scheiterte, weil sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr möglich war und die zuständige EU-Kommission ein weiteres Hauptprüfungsverfahren bezüglich früherer Privatisierungen einleitete. Die IG Metall sprach davon, dass die EU SKL damit in die Insolvenz getrieben habe und mehrere hundert Arbeitsplätze vernichtet würden.

Quelle: ND, 20.6. – abe

Bundeskonzferenz der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen

Gegen Arbeitszwang und Billiglohn

Wie beschlossen führt ein Mitglied der Schweinfurter Arbeitsloseninitiative (SALI) als Vertreter der SALI zur Bundeskonferenz der Erwerbsloseninitiativen nach Bielefeld, ... Von der Konferenz konnten wertvolle Erkenntnisse mitgenommen werden ... Wir dokumentieren den zusammenfassenden Bericht einer der InitiatorInnen der Konferenz, Angela Klein von der Koordination Euro-marsch, die auch die Konferenz moderiert hat. (Nachrichten u. Standpunkte, jüw)

Auf einer bundesweiten Arbeitskonferenz diskutierten am 17./18. Juni 120 VertreterInnen von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen aktuelle Entwicklungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. ... Die Konferenz kam zum Ergebnis, dass die Billigjobpolitik nicht geeignet sei, die Zahl der Arbeitslosen zu dezimieren. Die staatlich geförderte Ausweitung des Niedriglohnssektors führe vermehrt zu Einkommen unter der Armutsgrenze und zur Absenkung des Tarifgefüges. Darüber hinaus drohe durch die Pauschalierung von Leistungen und durch Änderungen am Regelsatz der Sozialhilfe eine Absenkung des Sozialhilfeniveaus, insbesondere zu Lasten von Kindern und Jugendlichen. Die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe scheint zwar in dieser Legislaturperiode nicht spruchreif, ist aber keineswegs zu den Akten gelegt.

Die Forderung nach einem „existenzsichernden Einkommen für Menschen mit und ohne Erwerbsarbeit“ zog sich deshalb wie ein roter Faden durch die Konferenz. Die verschiedenen Modelle, die es dazu gibt, wurden in einem eigenen Forum untersucht. Dessen Moderator, Harald Rein von der BAG unabhängige Erwerbslosengruppen (BAG-E), konstatierte, es habe sich etwas verändert: Anfang der 90er Jahre sei die Forderung nach einem Mindesteinkommen noch belächelt worden, nun gebe es immerhin eine breitere Debatte in vielen Ländern Europas.

Das dokumentierte auch die Teilnahme von VertreterInnen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung und der Nationalen Armutskonferenz, die sich ebenfalls mit Modellen zum Mindesteinkommen beschäftigen.

Die BAG-E und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen wollen in den kommenden Monaten die Forderung in einem Flugblatt näher erläutern. Es soll die Diskussion in den Initiativen vor Ort anregen; die InitiatorInnen streben einen Kongress dazu im kommenden Jahr an, zu dem auch RentnerInnen und Beschäftigte geladen werden sollen.

Von besonderer Bedeutung war die

Teilnahme eines Vertreters der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Es ist trotz einiger Ansätze nicht gelungen, die Problematik Migration und Arbeitsmarkt in die Konferenz zu integrieren. Andererseits ist diese auch so weitläufig, dass eine gesonderte Behandlung des Problems angebracht wäre. Immerhin konnte auf der Konferenz das Bewusstsein geschärft werden, dass gegen Lohn- und Sozialdumping kein Kraut gewachsen sein wird, solange Menschen illegalisiert und auf dem Arbeitsmarkt wie Sklaven behandelt werden können. Bewusst haben die Teilnehmenden der Konferenz in fünf Arbeitsgruppen die verschiedenen Einkommensarten untersucht und wie sie unter Druck geraten: die Sozialhilfe, die Arbeitslosenhilfe, die Löhne. Es würde in die Irre führen, betrachtete man jedes einzelne Problem für sich und isoliert, wo es doch gerade darum geht, den Gesamtplan zu veranschaulichen, der hinter den vielen einzelnen Angriffen steht, den Zusammenhang klar zu machen und eine Gesamtstrategie dagegen zu entwerfen, die alle Betroffenen und Bedrohten zu einigen versteht. Für die „Einheit der Erwerbslosen“ plädierte deshalb massiv der Sprecher des Arbeitslosenverbands (ALV) Mecklenburg-Vorpommern, der auf die positiven Erfahrungen mit Erwerbslosenparlamenten in Mecklenburg und in Thüringen verweisen konnte, die seit 1998 das gemeinsame Handeln aller auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierten und davon Ausgegrenzten organisieren.

Die Gesamtstrategie, wie sie auch von der Europäischen Union zielgenau vorangetrieben wird, erläuterte Michel Rousseau vom Europäischen Sekretariat der Europäischen Märsche. Deren Verlautbarungen benennen immer sehr deutlich den Zusammenhang zwischen der Senkung der unteren Löhne und der Senkung des Niveaus der Sozialhilfe.

Die Gewerkschaften sind gefordert

Die Konferenz war sich dessen wohl bewusst: Sie hatte eine Reihe von GewerkschafterInnen eingeladen, die berichten sollten, wie die Gewerkschaft sich gegen die Einführung von Billiglohn (z.B. in Callcentern) zur Wehr setzt, wie sie auch versucht, mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn (die NGG fordert 2500 DM brutto im Monat) Schwächen der gewerkschaftlichen Gegenwehr auszugleichen.

Die Gewerkschaft ÖTV erhebt inzwischen offiziell die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung. Die Massenarbeitslosigkeit drückt auf die Löhne, die niedrigen Löhne wiederum drücken auf das Niveau der Sozialhilfe. Dieser Teufelskreis bringt es mit sich, dass an allen Enden zugleich angesetzt werden muss, um ihn zu durchbrechen.

An allen Enden aber sind die Schwächen groß. Die GewerkschaftsvertreterInnen mussten sich viel Kritik anhören – an den jüngsten Tarifabschlüs-

sen, die das Lohnniveau weiter senken, und das in Zeiten boomender Konjunktur; an ihrer Beteiligung am Bündnis für Arbeit, das die Einführung eines Billiglohnsektors auf der Tagesordnung hatte; auch an ihrer Beteiligung an den Modellprojekten, die nun in vier Bundesländern erprobt werden. (...) Eine gewerkschaftliche Strategie gegen Billiglohn wäre Dreh- und Angelpunkt einer gemeinsamen Abwehr, doch die Gewerkschaften sind noch ziemlich weit davon entfernt, eine solche zu haben oder auch nur zu wollen. Dennoch gab es Kooperationsangebote.

Renate Knapper vom Hauptvorstand der ÖTV sprach davon, dass die Interessengemeinschaft der Beschäftigten und der Erwerbslosen eine materielle Grundlage habe und zählte auf, wo Positionen der Konferenz von der ÖTV unterstützt würden: Ablehnung des Kombilohns, Ablehnung der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, der Einbau einer Sockelung (Mindestsicherung) in die Sozialversicherung. Das ist mehr, als manch andere Gewerkschaft zu bieten hat; als praktischen Ansatz für gemeinsames Handeln vor Ort nannte sie die Zusammenarbeit mit den Beschäftigten der Arbeitsämter.

Die BAG SHI nannte die Zusammenarbeit von Betriebsräten und Sozialhilfefinanzierungsstellen in der Beratung solcher KollegInnen, deren Lohn unterhalb des Sozialhilfeanspruchs liegt – das könnte am ehesten von der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken aufgegriffen werden. Für diese erklärte Heinz Günther Lang, sie hätte ein „offenes Ohr für Fragen, die über den Betrieb hinausgehen“ und sagte die Unterstützung von Aktionen des Runden Tisches zu.

Trotz gemeinsamem Motto und gemeinsamer Zielsetzung konnte die Konferenz noch keine zündende Idee für eine politische Kampagne erarbeiten. So bleibt zunächst die Kärnerarbeit vor Ort: Information, Aufklärung und möglicherweise Proteste gegen die Modellprojekte von Bund und Ländern, gegen die Vermittlungspraxis der Arbeitsämter, gegen die Trainingsmaßnahmen, die oft eher der Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug als der Integration in reguläre Beschäftigung dienen.

Um die Bewegung der Erwerbslosen auf breitere Füße zu stellen, kündigte der Runde Tisch für die zweite Jahreshälfte Regionalkonferenzen an, mit denen er seine Arbeit und die Forderung nach einem Mindesteinkommen einer größeren Anzahl von Betroffenen zugänglich machen will.

Auch die Öffentlichkeit soll wieder die Stimme der Erwerbslosen zu hören bekommen: Die Organisationen stellten ihre Teilnahme an einer Demonstration der Initiative „Aufstehen gegen eine andere Politik“ zur Halbzeit der Bundesregierung in Berlin sowie die Mobilisierung gegen den Europäischen Regierungsgipfel in Nizza in Aussicht.

Wirtschafts-
presse

Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DGSV) weist Privatisierungsforderungen zurück.

– HB, Mittwoch, 14.6.2000. – Der DGSV antwortet BDI-Chef H.-O. Henkel, die Privatisierung von Landesbanken und Sparkassen führe zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für den gewerblichen Mittelstand, der zu ca. 50% von den Sparkassen finanziert ist, besonders für das Handwerk. Folge der – mit einer Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Institute eingeleiteten – Konzentrationsprozesse wären vielmehr die von den privaten Großbanken seit längerem geforderten höheren Konditionen zu Lasten der Verbraucher.

Wirtschaft fordert neue Volkszählung.

– HB, Donnerstag, 15.6.2000. – Der BDI kritisiert die Haltung der Bundesregierung, wonach keine neue Volkszählung erforderlich sei als „Kapitulation der Politik“ gegen datenschutzrechtlichen bedenkensträgern. BDI-Hauptgeschäftsführer L. von Wartenberg hob die gestiegene Nachfrage der Unternehmen nach aussagefähigen Daten in der Dienstleistungsgesellschaft hervor. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, J. Hahlen, sieht die amtliche Statistik jedoch mit dem neu geplanten Dienstleistungs-Statistikgesetz ausreichend gerüstet für die „New Economy“: „eine Volkszählung wäre etwa zwei Mrd. zu teuer.“

BDI-Chef regt Kommunen zur Privatisierung an.

– HB, Freitag, 16.6.2000. – H.-O. Henkel (BDI) hat die Forderung nach einer Senkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer von derzeit 51 auf 39,5 % bekräftigt. Bundesfinanzminister H. Eichel dürfe sich nicht arm rechnen. „Er hat wesentlich mehr in der Tasche“, sagte Henkel. Auch Länder und Gemeinden könnten eine höhere Nettoentlastung für Bürger und Betriebe durch die Steuerreform verkräften. „Sie sitzen auf über 100 000 Unternehmen“, betonte der BDI-Präsident. Davon ließen sich mindestens 50% privatisieren. Zur Rentenreform meinte Henkel, dass sich die Diskussion zu sehr auf die gesetzliche Rentenversicherung und die Steuervergünstigung für die private Fürsorge beschränke. Staatliche Förderung der Betriebsrenten müsse als „3. Bein“ hinzu kommen. Denn die betriebliche Altersversorgung sei in Deutschland nicht nur unterentwickelt, sondern sogar rückläufig. Notwendig sei eine steuerliche Unterstützung von betrieblichen Pensionskassen. Diese Kassen könnten jedoch zu Tariffonds entwickelt werden, die von den Tarifpartnern verwaltet werden könnten. *Presseauswertung rst*

Für eine sozialistische Politik!

Die parlamentarische Politik der PDS ist durch den Ausgang der Bundestagswahlen in eine realpolitisch schwierige Situation geraten. Für die einfache Mehrheit genügen der Regierungskoalition die eigenen Stimmen, braucht sie, z.B. zur Änderung der Verfassung, eine Zweidrittelmehrheit, sind die Unionsparteien gefragt, ebenso, wenn es um die Mehrheit im Bundesrat geht. Die PDS kann, betrachtet man das Parlament, das Tun und Lassen in Regierung und Gesetzgebung nur durch die Überzeugungskraft der Argumente beeinflussen.

Es war das vornehmlich von Gregor Gysi bereits im Wahlkampf immer wieder erklärte Ziel der PDS-Politik im Bundestag, die jetzt regierenden Parteien mit den Forderungen und Verheissungen zu konfrontieren, mittels derer diese als Oppositionsparteien Anhang gesammelt hatten. Mit dieser taktischen Grundeinstellung stand und steht die Partei immer dann fassungslos da, wenn sich zeigt, dass der breite Strom der öffentlichen Meinung, ja sogar die Anhängerschaft der Regierungsparteien, die SPD/Grünen-Regierung nicht an jene Versprechen gebunden sehen, jedenfalls nicht im Sinne von Verwirklichung, Vollzug, Einklagbarkeit.

Das wäre anders, wenn man an die Allmacht des Staates glaubte. Dann handelte es sich um schnöde gebrochene Versprechen, Willkür usw. Wenn aber alle Welt vom Machbaren redet, steckt die Einsicht dahinter, dass die Regierung unter Bedingungen handelt, die ihr gesetzt sind. Sie wird nicht hauptsächlich an ihren Versprechen gemessen, sondern, besonders in der engeren und engen Anhängerschaft und bei den politisch Gebildeten, daran, wie sie den Interessen ihrer Klientel im Strom der Ereignisse weiterhilft.

Der zunächst bestechend schlichte Gedanke, den jetzigen Regierungsparteien ihre Oppositionsforderungen aufzutischen, führt in komplizierte Beweisprobleme: dass die Regierung anders könnte, wenn sie nur wollte; als nächstes, warum sie denn nicht will, als drittes dann, warum ihre Anhänger nicht mehr wollen, was sie wollten. All das führt weit weg von Politik.

In einer bösen Klemme steckt auch die Programmdiskussion der PDS. Vor ziemlich genau einem Jahr erschien die Liste von einigen hundert Fragen, wenige Monate danach zwei Pakete von Antworten, die in der Parteidiskussion als unzulänglich verworfen wurden. Heute – also nachdem sich herausgestellt hat, dass es so nicht geht – sieht man das Problem: Die Partei hat Fragen an sich selbst gestellt, anstatt in die Gesellschaft hineinzuhorchen. Ein Bericht z.B., welche Fragen in den sozialen und politischen Bewegungen heute diskutiert werden, hätte wohl weiter geführt. Stattdessen blieb die Diskussion stecken, das alte Bild, in dem die Partei einer im Prinzip unwissenden Menge den Weg weist, wirkt nur noch komisch, und je mehr sich die Partei in dieser Richtung anstrengt, um so trauriger wird es werden.

Aus der von uns hier dokumentierten Stellungnahme der Grundsatzkommission, die wir der aufmerksamen Lektüre der Leserinnen und Leser empfehlen möchten, wird die Absicht erkennbar, die Aufgaben der PDS im Komplex der Kritik- und Widerstands- und Emanzipationsbewegungen, die die Kapitalherrschaft hervorruft, zu bestimmen. Und hierin liegt auch eine Chance, in der Parlamentspolitik wieder fester Fuß zu fassen: im Dialog mit den gesellschaftlichen Bewegungen, nicht als Avantgarde und mit Führungsansprüchen, sondern im Bestreben, sich ihnen in einer Front gegen die Reaktion nützlich zu machen. *maf*

Zehn Jahre nach dem Beitritt befindet sich die Bundesrepublik in radikalen Umbrüchen. Die PDS muss ihr Profil als Partei der Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit, der Solidarität und Emanzipation in diesen Umbrüchen bewahren und inhaltlich zugleich neu bestimmen. Sie will Widerstand leisten und zum Widerstand ermutigen. Sie will soziale, ökologische und zivile Reformprojekte mit anderen gemeinsam formulieren und zur Entstehung eines breiten Reformbündnis beitragen. Dies verlangt von der PDS

1. Kampf gegen die neoliberale Durchkapitalisierung der Gesellschaft,
2. konstruktive Auseinandersetzung mit dem neuen Herrschaftsprojekt von Sozialdemokratie und Konservatismus,
3. Entwicklung des Doppelcharakters der PDS als systemkritische Opposition und gesellschaftsgestaltende demokratische Reformkraft,
4. Vertretung eines sozialistischen Transformationsprojekts und
5. Entwicklung überzeugender Reformalternativen, bestimmt durch Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, Solidarität und Emanzipation.

1. Kampf gegen die neoliberale Durchkapitalisierung der Gesellschaft

In den siebziger Jahren begann eine große neoliberale Gegenreform von oben. Der nach den Erfahrungen der Großen Depression der zwanziger Jahre und dem Faschismus sowie unter dem Einfluss der Konkurrenz mit der Sowjetunion und dem sozialistischen Weltsystem geschlossene Herrschaftsvertrag zwischen Kapital- und Sozialinteressen in den westlichen Hauptländern wurde aufgekündigt. Die sozialen Fesseln der Kapitalverwertung wurden weitgehend abgeschüttelt und mit Berufung auf so genannte Sachzwänge die Zwänge einer neuen Herrschaft durchgesetzt.

Hervorstechendes Merkmal dieser neuen Form des Kapitalismus ist die Unterordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unter das Ziel der Maximierung von Börsengewinnen, der Profite aus der Bewegung von Aktienkursen heraus und aus Finanzspekulationen. Die Entwicklung von Unternehmen, Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft wird an der Erreichung die-

ses Ziels ausgerichtet. Rationalisierung, Deregulierung und Globalisierung sind die Stichworte dieser Strategie. Sie verspricht Chancen und erzeugt vor allem Gefahren, soziale Spaltung und ökologische Zerstörung.

Der neoliberale Kapitalismus verheißt allen Vermögenszuwächse, soziale Sicherheit und private Freiheit durch Aktien- und Immobilienfonds. In der Realität wird die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums polarisiert. Der Abstand zwischen Oben und Unten wird zur Kluft. Auch zwischen den Erwerbsabhängigen wachsen die Unterschiede. Wenn auch mit wichtigen gemeinsamen Interessen verbunden, stehen auf der einen Seite Beschäftigte im Hochlohnsektor mit Vermögensanlagen in Fonds und Aktien. Ihre privilegierte Stellung auf dem Arbeitsmarkt und ihr Vermögen geben ihnen trügerische soziale Sicherheit und neue Möglichkeiten des privaten Konsums. Auf der anderen Seite stehen jene, die in den Niedriglohnsektor absinken und um das tägliche Überleben kämpfen, und Arbeitslose. Sie werden zu Dienstboten der neuen Mittelschichten oder scheinen „überflüssig“. Die Gesellschaft wird auf neue Weise in Arm und Reich gespalten. Die gewollte Verschärfung der Konkurrenz in allen Sphären der Gesellschaft hat ihren sozialen und politischen Preis. Angesichts dieser Bedrohung wenden sich viele dem Rechtspopulismus, dem Rechtsextremismus und dem Rassismus zu. Die Angst vor dem sozialen Abstieg wird zum entscheidenden Motor für das Verhalten der Menschen. Mehr an Konsumtion hat den Preis der Anpassung an herrschende Verhältnisse, Anpassung wird noch mehr zum Preis für soziale Sicherheit. Schnell kann die scheinbar gewonnene wirtschaftliche Dynamik in soziale Erstarrung umschlagen.

Der neoliberale Kapitalismus verspricht eine Epoche neuer wirtschaftlicher Dynamik durch Deregulierung, unkontrollierte Öffnung der nationalen Märkte und Zerschlagung solcher gesellschaftlichen Gegenmächte wie die Gewerkschaften. In der Realität wird die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft größer. Der Aufstieg einer Reihe von Schwellenländern wird durch den Abstieg vieler Länder in totale Verelendung begleitet. Löhne, Arbeitszeit, Ausbildungs-

formen usw. werden ganz den kurzfristigen Kapitalinteressen unterworfen. Mehr als eine Milliarde Menschen lebt in Elend.

Der neoliberale Kapitalismus verspricht eine neue Welle technologischer und organisatorischer Innovationen, durch die Freiheitsgewinne, Wohlstandsmehrung und ökologischer Umbau möglich werden sollen. In der Realität sind Chancen und Gewinne einseitig verteilt und werden mit Verlusten durch kapitalistische Durchrationalisierung, Verdrängung vieler in extrem unsichere Arbeitsverhältnisse und eine noch nie gekannte Arbeitsintensität und Arbeitshefte bezahlt. Das Leben in Familie, mit Kindern und in Partnerschaft wird schwerer. Die vom heutigen Arbeitsmarkt geforderte „Flexibilität“ ist asozial.

Die Mitbestimmung der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten wird abgebaut. In der Bundesrepublik ist diese gesetzlich geregelte Gegenmacht der Lohnabhängigen nur noch in zehn Prozent aller betriebsratsfähigen privaten Betriebe vorhanden. Der Flächentarifvertrag ist im Osten bereits weitgehend ausgehebelt und wird im Westen weiter ausgehöhlt. Das Realeinkommen aus Erwerbstätigkeit stagniert. Die Mehrheit der neuen Arbeitsverhältnisse sind keine Dauerarbeitsverhältnisse. Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Information und selbst die genetische Vielfalt der Natur werden privatisiert. Die neue Welle von Wachstum ist zu einer neuen Quelle kapitalistischer Verwertung und beschleunigter Zerstörung der Umwelt geworden.

Der neoliberale Kapitalismus stellt eine Bedrohung der Menschheit dar. Prozesse eines ungezügelter Kapitalismus und der Versuch der herrschenden Eliten, ihre Macht durch die Mittel der politischen Diktatur zu sichern, hatten in den zwanziger und dreißiger Jahren zur Großen Depression und zum Faschismus und Nationalsozialismus geführt. Heute wird versucht, einen ungezügelter Kapitalismus mit den Mitteln der ökonomischen Diktatur, der neoliberalen Sachzwanglogik, der Verwandlung des Sozialstaats in einen Wettbewerbs- und Zwangsstaat, dem Diktat der internationalen Finanzinstitutionen und einem militärischen Imperialismus durchzusetzen. Dies kann zur großen Katastrophe der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts werden. Widerstand dagegen ist erste Bürgerpflicht.

2. Konstruktive Auseinandersetzung mit dem neuen Herrschaftsprojekt von Sozialdemokratie und Konservatismus

Die Kluft zwischen den Versprechungen des neoliberalen Kapitalismus und wachsender sozialer Spaltung, Unsicherheit und Bedrohung hat den Druck der Bevölkerung auf die herrschenden Klassen erhöht, Alternativen anzubieten. In den USA wie in Europa kam es zum Aufstieg einer Politik der „neuen Mitte“ oder der „dritten Wege“ bzw. eines „Konservatismus mit Herz“.



Der Regierungswechsel sollte zu einem Politikwechsel führen, mit dem große Erwartungen verbunden waren.

Die Hoffnung auf eine Wende hin zu einer sozialen und ökologischen Politik wurde enttäuscht. An Stelle der versprochenen sozialen und emanzipatorischen Reformen trat ein neues Herrschaftsprojekt, das die Grundtendenzen des neoliberalen Kapitalismus mit sozialer Reintegration zu verbinden sucht. Ziel ist ein neuer Herrschaftsvertrag zwischen Kapital- und Sozialinteressen, bei dem die Peitsche der „Sachzwänge“ der Kapitalverwertung mit dem Angebot von sozialen Teilzugeständnissen an verschiedene Gruppen der Bevölkerung verbunden wird. Aktienpakete sollen Rechte auf Mitbestimmung ablösen.

Die Konkurrenz der Staaten, Gesellschaften, Regionen und Individuen um ihre Behauptung auf globalisierten Märkten soll erhalten werden, aber ein „aktivierender Staat“ habe durch Investitionen in Bildung und Infrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaften und der Bevölkerung zu steigern. Die Privatisierung sozialer Risikoversorge wird weiter ausgebaut, aber sie erhält staatliche Förderung. Die Durchsetzung eines breiten Niedriglohnsektors der neuen Dienstbotenklasse wird vorangetrieben und soll durch staatliche Lohnzuschüsse oder Steuernachlässe akzeptabler gemacht werden. Mit den Kerngruppen der Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften wird ein Konsens gesucht, um diese Strategie konfliktfreier durchzusetzen. Dabei werden ihnen Zugeständnisse gemacht, während die Mehrheit der Beschäftigten ohne solidarische Unterstützung bleiben.

Dieser neue Herrschaftsvertrag unter Dominanz globalisierter Kapitalverwertungsinteressen kann sich zurzeit auf eine Mehrheit in der Gesellschaft stützen, da er gegenüber dem reinen Neoliberalismus als das kleinere Übel erscheint. Er vermag es möglicherweise zu sichern, große Teile der Mittelschichten in dieses Projekt zu integrieren und die unteren Klassen abzufinden. Die soziale Regulation der Anpassung und Unterordnung unter den neuen Typ von Kapitalverwertung kann zur zeitweiligen Stabilisierung führen und sich als Gewinn für die einen und als alternativloser Abstieg für die anderen erweisen.

Die Führungsgruppe der deutschen



Am 16/17. Juni in Frankfurt: Unter dem Titel „Gegen die Macht des großen Geldes“ machte die PDS ein Straßenfest und eine Demo.

Sozialdemokratie hat mit dem Regierungsantritt von 1998 das Projekt einer sozialen und ökologischen Wende aufgegeben. Soziale und ökologische Ziele werden der Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse des Großkapitals und den globalisierten Kapitalverwertungsinteressen untergeordnet. Beachtliche Reformgewinne der Sozialpolitik der Nachkriegszeit, in Jahrzehnten erkämpft, werden zurückgenommen. In Verantwortung der sozialdemokratisch-grünen Koalition wurde Deutschland wieder zur Krieg führenden Macht. Die EU wird intensiv aufgerüstet.

Das neue Herrschaftsprojekt von Sozialdemokratie und Konservatismus ist ambivalent. Auf der einen Seite ist es unvereinbar mit der Durchsetzung der sozialen, politischen und kulturellen Rechte aller Menschen und unfähig, die entscheidenden Probleme des 21. Jahrhunderts zu lösen. Dieses Projekt führt nicht zu einer neuen Mitte, sondern zu einer tiefen sozialen Spaltung zwischen Oben und Unten, Reich und Arm, hochqualifizierten Besitzern von lukrativen Arbeitsplätzen mit Vermögen einerseits und jeder Zeit ersetzbaren Dienstboten ohne jedes Vermögen andererseits. Zynisch wird dies „optimale Ungleichheit“ genannt.

Die sozialen Sicherungssysteme werden individualisiert und dann an die extrem unsicheren internationalen Finanzmärkte angekoppelt. Die ökologischen Probleme werden verschärft und die Überwindung von Armut, Hunger und Beschäftigungslosigkeit im Süden weitgehend den dafür untauglichen globalen Märkten überlassen. Durch die Errichtung einer unilateralen Sicherheitsordnung der USA und ihrer Verbündeten und deren Selbstermächtigung zu Angriffskriegen soll dieses System stabilisiert werden.

Aber dieses neue Herrschaftsprojekt von Sozialdemokratie und Konservatismus bietet andererseits auch neue Formen sozialer Integration. Im Unterschied zum klassischen Neoliberalismus erkennt es die Legitimität der Vertretung sozialer Interessen gegenüber dem Kapital an. Durch Bildung kann die „Ver-

kaufsmacht“ der Ware Arbeitskraft gegenüber dem Kapital erhöht werden. Die partielle Stabilisierung sozialer Sicherung kann der Tendenz zur völligen Unterordnung unter Kapitalinteressen entgegenwirken. Die Einbindung der Gewerkschaften kann auch zur Vertretung von Sozialinteressen führen. Die Förderung von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, so sie hier oder dort wirklich erfolgen würde, könnte die Gesellschaft gegenüber der Kapitalverwertung stärken. Die Fähigkeit zum Widerstand und die Bereitschaft zur Solidarität kann wachsen.

Zwiespältig wie das neue Herrschaftsprojekt ist die Haltung der Bevölkerung zu diesem Projekt. Schon nach kurzer Erfahrung mit der Politik der „neuen Mitte“ sehen sich viele im Stich gelassen, entschert und ausgeliefert an eine bedrohliche Zukunft. Aber sie sehen keine Alternative und fühlen sich ohnmächtig. Um ein starkes Reformbündnis aufzubauen, müssen Alternativen gezeigt und soziale Gegenbewegungen unterstützt werden.

3. Die PDS – systemkritische Opposition und gesellschaftsgestaltende demokratische Reformkraft

Die Politik der PDS muss die Ambivalenz des neuen Herrschaftsprojekts, wie es in Deutschland von SPD, Grünen und jetzt zunehmend auch von CDU/CSU und FDP vertreten wird, Ernst nehmen. Härtester Kampf gegen alle Tendenzen einer Durchkapitalisierung der Gesellschaft und Unterstützung für Investitionen in Bildung, für soziale Sicherheit, für öffentliche Förderung von Zivilgesellschaft, für wirkliche Freiheit und eine Erneuerung der Demokratie, härtester Widerstand gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft und die dauerhafte Durchsetzung eines breiten Niedriglohnsektors und Vertretung von Interessen an sozialer Integration, Einsatz für die öffentliche Förderung von Beschäftigung, für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen und Männern sind zwei Seiten ein und derselben sozialistischen Strategie.

Die heutige Gesellschaft ist durch den Widerspruch zwischen den Interessen der großen Kapitale und den Sozialinteressen einer differenzierten Bevölkerungsmehrheit geprägt. Sozialistische Politik wird bezogen auf diesen Widerspruch entwickelt. Sie zielt einerseits *systemkritisch und antikapitalistisch* auf die Abschwächung und letztlich auf die Überwindung der Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen über Wirtschaft, Gesellschaft und Individuen und andererseits *gesellschaftsgestaltend und sozialistisch* auf die Stärkung sozialer Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung. Eine solche Politik steht in der langen Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung und ist außerordentlich aktuell.

Gegen die „Sachzwänge“ verstärkter

Kapitalherrschaft und für die sozialen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt die PDS politisch, was von allen anderen Parteien nur noch als bedeutungslose Phrase benutzt wird: Der Mensch ist wichtiger als Aktienkurse, eine selbstbestimmte Lebensweise hat Vorrang vor höheren Kapitalrenditen und Konsumismus, Gesundheit und Wohnung können nicht am Gewinn gemessen werden, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen verlangt anstelle von profitbesessenem Wachstum nachhaltige Entwicklung, die Unterentwicklung im Süden kann nur durch wirkliche Solidarität überwunden werden. Es war und ist eine Lüge, dass die so genannten „kleinen Leute“, die doch das Volk sind, nur dann eine Chance haben, wenn die Macht und das Vermögen der Mächtigen noch weiter wächst.

Das sozialistische Projekt der PDS verbindet Gerechtigkeit und Freiheit. Wie wir aus eigener Erfahrung vor 1989 wissen, braucht Gerechtigkeit die Freiheit jeder und jedes Einzelnen und libertären Geist, um nicht zu Bevormundung und Diktatur zu werden. Wie wir aus eigener Erfahrung nach 1989 gelernt haben, braucht Freiheit Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, wenn die Freiheit nicht zur Freiheit bestmöglicher Verwertung der eigenen Arbeitskraft durch das Kapital in einer entsolidarisierten Gesellschaft werden soll. Individuelle Selbstverwirklichung und kollektive Selbstorganisation brauchen aktive Solidarität und das soziale Netz – nicht zum Ausruhen, sondern als sicheres Fundament selbstbestimmten Handelns. Freiheit ist immer die Freiheit der Anderen. Nur der, der anderen solidarisch zur Freiheit verhilft, kann selbst frei sein.

SPD und Grüne haben linke Ansprüche und Positionen weitgehend aufgegeben. Ein großes linkes Vakuum ist entstanden. Die Existenz der PDS hat die einmalige Chance geschaffen, dauerhaft eine sozialistische Partei in Deutschland zu etablieren. Ihre Stärke in den neuen und ihr reales Potenzial in den alten Bundesländern müssen erhalten bzw. erschlossen werden. Dies wird ein längerer Prozess sein. Die PDS wird sich in Ost wie West in und aus der Gesellschaft orientieren müssen. Mit der Vorbereitung des Cottbuser Parteitags ist eine Konsolidierung und Profilierung der PDS als sozialistische Partei in Deutschland verbunden. Die PDS wird sich als unverzichtbare parteipolitische Vertretung der Sozialinteressen gegen die Dominanz der Kapitalverwertung bewähren müssen und einen Beitrag für die Schaffung eines neuen breiten Reformbündnisses sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu leisten haben.

Die PDS sieht ihre wichtigste Aufgabe darin, die Kraft zum Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken, Solidarität zu befördern und zur Gemeinsamkeit zwischen sozialen und ethnischen Gruppen, Generationen, Weltan-

schauungen im Kampf um soziale Veränderungen beizutragen. Sie weiß, dass sie selbst nur eine Daseinsberechtigung und eine Chance hat, wenn sie sich bei der Erfüllung dieser Aufgabe bewährt.

4. Für ein sozialistisches Transformationsprojekt

Die Verteidigung und Stärkung der Sozialinteressen gegenüber den Kapitalinteressen ist der Maßstab für unser Handeln. Sie bestimmen Zielrichtung und Mittel des politischen Handelns. Kompromisse sind notwendig und richtig, wenn sie zu diesem Ziel beitragen. Bündnisse werden vorbereitet und geschlossen, um diesem Ziel näher zu kommen. Parlamentarisches wie außerparlamentarisches Handeln wird danach bewertet, ob es auf diesem Weg voranbringt.

Als systemkritische Opposition und gesellschaftsgestaltende Kraft wird die PDS Nein sagen zu allen Entwicklungen, die die Dominanz des Kapitals stärken, die Gesellschaft sozial spalten, soziale Unsicherheit erhöhen, die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören. Und sie wird Ja sagen zu allen jenen Schritten, die dazu beitragen, soziale Standards auf neue Weise zu entwickeln, zivilisatorische Errungenschaften zu bewahren, das Kräfteverhältnis zu Gunsten von Sozialinteressen zu verschieben und patriarchale Strukturen aufzubrechen. In diesen konkreten Widersprüchen wirkend, ist sozialistische Politik immer Realpolitik – sei es durch konsequente Verweigerung, sei es durch überzeugende Reformpolitik und nüchterne Gestaltung. Und als reale Politik der Veränderung dieses Kräfteverhältnisses ist sie zugleich Teil eines umfassenden Transformationsprojekts.

Politik der PDS, die dazu beiträgt, Sozialinteressen zu stärken und die Dominanz der Kapitalinteressen abzuschwächen, weist über den Kapitalismus hinaus. Durch sie sind sozialistische Ziele immer präsent, durch sie werden die Verhältnisse für weitergehende Veränderungen geöffnet, wird Politik für und im Alltag visionär, ist die so genannte Kleinarbeit Arbeit an nahen und fernen Zielen zugleich. Durch eine derartige sozialistische Politik wird die PDS Teil von Gesellschaft und zugleich eine Kraft ihrer Veränderung. Indem sie konkrete soziale Interessen vieler Menschen nach mehr Solidarität in der Gesellschaft, nach einer sozialen Grundsicherung, nach einer qualifizierten Bildung für alle, nach einem Studium ohne Gebühren, nach Bewahrung der Natur und Gleichstellung der Geschlechter gegen den neoliberalen Kapitalismus vertritt, erhält sie einen sozialen Gebrauchswert. Entwicklung sozialistischer Politik und Öffnung in die Gesellschaft hinein sind deshalb zwei Seiten einer Medaille.

Der demokratische Sozialismus fällt nicht vom Himmel, sondern entsteht in und aus der Gesellschaft oder überhaupt nicht. Er ist gleichermaßen nicht vor-

stellbar als isoliertes Projekt kleiner Gruppen wie als Diktatur. Er ist überall dort eine gesellschaftliche Realität, wo es gelingt, die Sozialinteressen zu stärken, ihre Organisations- und Handlungsmacht zu erhöhen, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben. Demokratischer Sozialismus ist kein jenseitiges Ziel, sondern die diesseitige Bewegung auf ein diesseitiges Ziel hin – auf die Dominanz der Sozialinteressen über die Kapitalverwertung, auf die Überwindung des großen Kapitals und des Patriarchats. Dazu sind grundlegende Veränderungen von Eigentums- und Machtverhältnissen durchzusetzen. Sozialistische Identität ist nicht für immer gegeben, sondern muss immer von Neuem im Kampf für die Vertretung von Sozial- gegenüber Kapitalinteressen erworben werden.

Kein Schritt in diese Richtung kann zu klein sein, wenn größere nicht möglich sind, kein Kompromiss kann abgelehnt werden, wenn er uns in diese Richtung führt. Eine sozialistische Stimme, die von der Bevölkerung als Sprache zur Vertretung ihrer sozialen Interessen verstanden wird, kann niemals falsch sein. Und zugleich muss jeder Schritt erwogen, jeder Kompromiss geprüft und jeder Terminus diskutiert werden, ob er nicht das Gegenteil bewirkt. Die Auseinandersetzung darüber ist nur in einem toleranten, demokratischen und pluralen Dialog zu führen.

5. Entwicklung überzeugender Reformalternativen, bestimmt durch Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, Solidarität und Emanzipation

Die PDS steht nicht mit leeren Händen dar. In zehn Jahren Opposition hat sie gelernt, solidarisch mit den Betroffenen Druck von unten zu organisieren, demokratisch soziale Interessen gegen die Dominanz der Kapitalverwertung zu vertreten. Mit ihrem Nein zu einem Beitritt, der Anschluss bedeutete, mit ihrem Nein zu einer Vereinigungspolitik, die Deutschland dauerhaft in zwei Teilsellschaften spaltete, mit ihrem Nein zu den Kriegen der NATO gegen den Irak und gegen Jugoslawien hat sie Dissidenz gelernt. Als parlamentarische und außerparlamentarische Kraft, in Kommunen, Regionen, Verbänden und Vereinen hat sie Reformkonzeptionen entwickelt. Wichtige Ergebnisse wurden in dem Buch „Reform-Alternativen. Sozial – ökologisch – zivil“ gebündelt. Viele andere Ergebnisse liegen vor. Sie müssen aufgenommen, diskutiert und im politischen Handeln umgesetzt werden.

Die vorgelegten Reformalternativen müssen unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, wie das Kräfteverhältnis von Sozial- gegenüber Kapitalinteressen verschoben werden kann, welche konkreten Fortschritte hin zu mehr Gerechtigkeit und mehr wirklich Freiheit möglich sind, wie dabei patriarchale Strukturen über-

wunden werden, auf welchen Feldern Opposition wie Gestaltung in absehbarer Zeit besonders erfolgreich sein dürften, wie das durch die PDS im „Rostocker Manifest“ konzipierte Pilotprojekt Ost so umgesetzt werden kann, dass Ostdeutschland eine lebensfähige Region in Europa wird.

Das Kräfteverhältnis zwischen Sozial- und Kapitalinteressen ist vor allem vom Kräfteverhältnis auf dem Arbeitsmarkt abhängig. Deshalb hat der Neoliberalismus sich auf die Zerschlagung der Gegenmächte auf diesem Markt, die Demontage der Gewerkschaften und der solidarisch organisierten sozialen Sicherungssysteme, auf die Schwächung der Verkäufer von Arbeitskraft konzentriert. Eine langfristige Transformationsstrategie und die Schaffung eines breiten Reformbündnisses für sozialen und ökologischen Wandel hat die Veränderung dieses Kräfteverhältnisses zur Bedingung. Dies bedeutet vor allem

- Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung,
- weitgehende Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit im Verlaufe eines sozialen und ökologischen Umbaus der Bundesrepublik,
- Erneuerung der solidarischen Sicherungssysteme sowie
- ein Pilotprojekt Ost, um die besonderen Strukturprobleme Ostdeutschlands in Interesse der ganzen Republik zu lösen.

Eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung ist die wichtigste Bedingung dafür, die Arbeitskraft nicht allein zu Bedingungen der Kapitaleigentümer verkaufen zu müssen. Sie kann zugleich den Einstieg in neue Formen öffentlicher Beschäftigung auf lokaler und regionaler Ebene fördern. Reduktion von Überstunden, Einführung von Wahlarbeitszeit im Vorrentenalter, Verstetigung von Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen für Jugendliche, sozialstaatlich gesicherte Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und anderen gesellschaftlich oder persönlich nützlichen Aktivitäten, die Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die gezielte Verbindung der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen mit der Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Regionalisierung von Wirtschaft überhaupt, der Übergang zu einer Geld- und Haushaltspolitik, die einen nachhaltigen Beitrag zur Beschäftigung leistet, sind Schritte, um eine lebenszeitliche Verbindung von Erwerbstätigkeit und Eigenarbeit für alle und jeden zu ermöglichen. Durch Bekämpfung von Überbeschäftigung der einen und Unterbeschäftigung der anderen Seite kann und muss zugleich der Entstehung einer Dienstbotenklasse sowie der erneuten Stärkung patriarchaler Abhängigkeitsverhältnisse entgegengewirkt werden.

Eine Politik, die für eine derartige Wende auf dem Gebiet von Wirtschafts- und Sozialpolitik eintritt, ist zugleich sy-

stemkritisch und gesellschaftsgestaltend. Beschäftigung durch ökologischen Umbau und Ausbau humanorientierter qualifizierter Dienstleistungen, die Stabilisierung ökologisch sinnvoll strukturierter Nachfrage, die Entwicklung von Bedürfnissen nach Selbstverwirklichung außerhalb der Zwänge von kapitalistischer Produktion und Konsum weisen einen Weg, auf dem die Voraussetzungen für einen weitergehenden Wandel und die Durchsetzung des Primats der Sozialinteressen gegenüber dem Kapital geschaffen werden.

Die Privatisierung der sozialen Sicherung ist zu stoppen und der solidarische und demokratische Gehalt der bestehenden sozialen Sicherungssysteme zu verteidigen und zu erweitern. Soziale Sicherheit, Gesundheit, Pflege und Rente dürfen nicht dem Kapitalmarkt ausgesetzt werden. Auch sind sie kein Instrument, um zur Arbeit zu zwingen. Einbeziehung aller in solidarische Sicherungssysteme und ihre wirkliche Demokratisierung, der umfassende und dem Bedarf entsprechende Ausbau human orientierter Dienstleistungen sind die eigentlich zukunftsfähigen Antworten auf die Krise des Sozialstaats.

Eine soziale und ökologische Wende ist undenkbar ohne eine Wende in der Finanzpolitik und eine verstärkte Kontrolle und Regulation der Finanzmärkte und der Großbanken. Die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste der Globalisierung, die damit verbundene reale Enteignung der Völker, muss aufhören. Die Vergabe von Krediten ist verstärkt sozialen und ökologischen Kriterien zu unterwerfen. Es ist erschreckend, wenn diese Selbstverständlichkeiten heute in Deutschland utopisch anmuten.

Das Projekt PDS ist zukunfts offen. Es geht um die dauerhafte Etablierung einer systemkritischen Opposition und gestaltenden demokratischen Reformkraft mit sozialistischen Transformationszielen. Die Grundsatzkommission der PDS wendet sich an Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftler, an jene, die in Arbeitsloseninitiativen und Bewegungen von Asylbewerbern und Einwanderern, in Sozial- und Wohlfahrtsverbänden engagiert sind, an Christinnen und Christen, die sich mit der herrschenden Politik nicht abfinden. Sie wendet sich an alle, denen Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und individuelle Selbstverwirklichung wichtig sind – egal ob Arbeiterinnen und Arbeiter, Selbstständige, Unternehmerinnen und Unternehmer, Landwirte, Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler – mit der Bitte, die PDS auf ihrem Weg solidarisch-kritisch zu begleiten. Ohne eine solche kritische Begleitung wird dieses Projekt scheitern. Durch sie gestützt kann das Projekt PDS die Chancen für die Einleitung eines grundlegenden sozialen und ökologischen Wandels entscheidend verbessern.

26. Juni 2000

Die Zeit ist reif: Alle Kräfte gegen Rechts

Organisiert den Widerstand aller Demokraten und Antifaschisten!

Neonazizellen in Berlin und Brandenburg, Waffenlager in Sachsen, Todesschüsse eines Neonazis auf Polizisten in NRW, sich mehrende Meldungen über Aktivitäten neonazistischer Kräfte in der Öffentlichkeit und Rassenhass auf den Seiten faschistischer Gruppen im Internet sind Themen, die immer stärker die Öffentlichkeit beschäftigen. Politisch motivierte Morde an Ausländern und Linken nehmen zu.

Die Tagespresse informiert, dass rechte Kräfte propagieren, nicht zu vergessen, „dass wir im Krieg sind mit diesem System, und da gehen nun mal einige Bullen und sonstige Feinde drauf“ (nach Tagesspiegel, Zitat aus neonazistischer Publikation „Hamburger Sturm“). Geplant war z.B., ein Anschlag auf ein Berliner Lokal, mit dem ein Fanal gesetzt werden sollte, dass der bewaffnete Kampf begonnen habe. Die Aktion sei – laut Tagesspiegel – von der Gruppierung „National-Revolutionäre Zellen“ vorbereitet worden. Mitglieder dieser „Zellen“ unterhalten Kontakte zu schwedischen Rechtsextremisten und organisieren sich nach dem Vorbild der englischen Terrorgruppe „Combat 18“, der Bombenanschläge im Frühjahr 1999 zugeschrieben werden. Kern der „Zellen“ sollen drei Berliner und zwei Brandenburger sein. Ein im Umfeld der „Zellen“ agierender Mann war im Mai verhaftet worden, als er ein halbautomatisches Gewehr kaufen wollte, mit dem offenbar ein Racheakt gegen Linke durchgeführt werden sollte.

Waffenlager rechter Skins in Sachsen

Nach Informationen des *ND* wurde während eines Großeinsatzes der Polizei in Sachsen gegen die Mitglieder der Gruppierung „Skinhead Sächsische Schweiz“ (SSS) ein umfangreiches Waffen- und Sprengstoffarsenal und sonstiges Material, das in einer Garage deponiert war, sichergestellt. Unter anderem wurden gefunden: Zwei Kilogramm Sprengstoff, Sprenggranaten, Zündvorrichtungen, größere Mengen Patronen verschiedenen Kalibers, Teile von Langwaffen, Pistolen und Panzerfäuste. Die von der Staatsanwaltschaft aufgenommenen Ermittlungen richten sich gegen 51 Personen wegen Verdachtes der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung. Es handelt sich um eine 1996 gegründete Gruppe, die ca. 100 Mitglieder umfasst und streng hierarchisch organisiert ist. Sie unterhält Verbindungen zu anderen deutschen und ausländischen rechten Organisationen und Parteien. Ziel der Gruppe ist: Vorgehen gegen Linke, Ausländer oder Rauschgiftdealer. In

die Reihe dieser Meldungen passt die Ankündigung des Treffens der Deutschen Burschenschaft Mitte Juni in Eisenach/Thüringen. Burschenschaften spielen als Sammelbecken für rechte Kräfte eine große Rolle. Besonders an Universitäten hat sich der CDU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) eine bestimmte Vormachtstellung erobert. Aktive des RCDS sind zugleich Korporierte und greifen bundesweit auf ein fest geknüpftes Netzwerk zurück. Sie stellen eine Grauzone zwischen rechten und konservativen Kreisen dar. CDU-Politiker sind auf den Treffen der Burschenschaften gern gesehene Gäste, z.B. sprach Helmut Kohl im vergangenen Jahr zu den Korporierten. Übergreifend sind in den Burschenschaften der „volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff“, die Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft, Antikommunismus und die Propagierung des reaktionären Begriffes der „Elite“.

Rechte Aktionen in der CDU in Sachsen-Anhalt

Aufmerksam machen auch Meldungen aus der CDU des Landes Sachsen-Anhalt: Auf dem Kreistag der CDU in Bernburg vergangenen November wurde ein Papier in Umlauf gebracht, das die vermeintlich zunehmende Kriminalität in der Stadt auf das Wachsen der Anzahl der Asylbewerber reduzierte. Ausländer werden a priori mit Drogenhandel und Straftaten in Zusammenhang gebracht. Es wird die „Internierung von Asylbewerbern“ gefordert. Der Ausländerbeauftragte der Landesregierung spricht in diesem Zusammenhang von einem Sprachgebrauch in der CDU, der dem rechten Kreise sehr nahe kommt. Obwohl in der CDU abgewiegt wird, begann der CDU-Kreisverband dieser Tage mit einer Unterschriftenkampagne, die erneut einen einseitigen Zusammenhang zwischen Einwanderung und zunehmenden Straftaten herstellt.

VS Thüringens nutzt Neonazi als Spitzel

Auch noch aktuell ist die Meldung, dass der Neonazi Thomas Dienel nach einem ZDF-Bericht Informant des Thüringer Verfassungsschutzes war und sein Honorar zur Finanzierung rechtsextremen Propagandamaterials verwendete. Dienel selbst machte diese Angaben und brüstete sich, den Verfassungsschutz „abgeschöpft“ und Informationen erhalten zu haben, die Polizeieinsätze und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der rechten Szene betrafen. Dienel ist einer der führenden Rechtsradikalen in



5000 Menschen nahmen am Abend des 16. Juni an dem Trauermarsch teil, zu dem Dessauer Antifaschistinnen und Antifaschisten, die PDS-Landtagsfraktion und viele andere aufgerufen hatten.

Thüringen, Gründer der Deutsch-Nationalen Partei und wegen Volksverhetzung, Störung des öffentlichen Friedens und Verleumdung vorbestraft. Inzwischen ist der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Helmut Roewer, der für die Anwerbung Dienels zuständig war, vom Dienst suspendiert. Weitere Fakten zum Skandal um den rechten Informanten Dienel kamen hinzu, die Verbindungen Roewers in rechte Kreise und dessen persönliche rechte Ansichten belegten. Es ist bemerkenswert, dass in den verschiedensten Berichten des Verfassungsschutzes einzelner Länder zwar der rechten Szene Aufmerksamkeit geschenkt wird, aber gleichzeitig immer eine Gleichsetzung rechter mit linker Gewalt konstruiert wird. Wie weit will der Verfassungsschutz beim vermeintlichen Schutz der Verfassung gehen, wenn er Leute wie Dienel zu seinen Helfern macht? Wo ist die Grenze für rechte Aktivitäten, wenn der VS wie in Thüringen rechtes Werbematerial finanziert und Volksverhetzung billigend in Kauf nimmt? Mutet damit eine Gleichsetzung rechter und linker Gewalt nicht grotesk an?

Schluss mit der Gleichsetzung von Rechts und Links

Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes/Bund der Antifaschisten, die im jüngsten Verfassungsschutzbericht als „mitgliederstärkster Zusammenschluss im Spektrum des linksextremistischen „Antifaschismus““ bezeichnet wird, fordert von Bundesinnenminister Schily die

Diskriminierung der Vereinigung durch eine solche Einstufung zu beenden. Der Antifaschismus in der BRD ist nicht „totalitär“ wie behauptet wird. Es kann nicht hingenommen werden, dass der Antifaschismus verunglimpft wird und rechte Spitzel gefördert werden. Zitat aus einer Gesprächsrunde zum ND-Pressfest vom 27. Mai 2000: „Kritik am System oder am Staat, die sich grundlegender formuliert, wird offensichtlich als gefährlicher eingeschätzt als Leute, die sich offen auf den Nationalsozialismus beziehen.“ (Katinka Hausmann, Antifaschistische Aktion Berlin). Auseinandersetzungen um das gleiche Problem kennzeichnen die Situation in verschiedenen Bundesländern. Immer mehr Kräfte widersetzen sich dieser staatlich gewollten Gleichsetzung linker und rechter Gewalt. Brandenburg ist dafür ein bezeichnendes Beispiel: Am Bündnis gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit beteiligte Gruppen und Organisationen lehnten die von Innenminister Schönbohm gewollte Gleichsetzung ab und betonten, dass die Gefahr für Demokratie und Verfassung von Rechts ausgeht.

Netz gegen Rassismus

Das seit Anfang 1998 bestehende Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen „Netz gegen Rassismus“, dem rund 90 Organisationen angehören, stellte kürzlich in Berlin einen Aktionsplan vor, der eine Öffentlichkeit schaffen will, „die die Opfer von den Tätern unterscheidet und den gesellschaftlichen Konsens gegen Rassismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung befördert.“ Mit dieser Erklärung wird die Ansicht befördert, dass die Politik aufgerufen ist, mehr gegen Rechts und die Ursachen neofaschistischen Gedankengutes zu tun. Es kann nicht stillschweigend zu gesehen werden, dass das Internet zum Tummelplatz Rechter wird. Rechte Burschenschaften an Universitäten, Verfassungsschützer, die Rechte durch ihr Tun tolerieren, ja sogar fördern, Polizei, die Gewalt gegen linke Demonstranten einsetzt, Sprachgebrauch in der CDU, der rechtem Wortschatz wiederholt, rechte Demonstrationen am Brandenburger Tor in Berlin, Gewalt anwendende Skins und rechte Schläger – die Zeit ist reif für gemeinsames Handeln gegen Rechts. Alle demokratischen Kräfte sind gefordert, dem rechten Vordringen Einhalt zu gebieten. Rechtsextremismus und Nationalismus haben keine örtlichen Begrenzungen. Sie sind für die bundesdeutsche Gesellschaft ein übergreifendes Problem, ob in West oder Ost. Alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte sind aufgerufen, sich aktiv in die Abwehr der rechten Gefahr einzuschalten. Besonders die Parteien, aber auch die Regierung, müssen in die Pflicht genommen werden, um die Wurzeln zu beseitigen, die Neonazismus, Nationalismus und Rassenhass hervorbringen. Das gilt auch und im besonderen Maße für die PDS. abe

Die Bundesschiedskommission hat den **Parteiausschluss von Gerhard Branstner**, den die der Landesschiedskommission Berlin erlassen hatte, zurückgenommen. Michael Brie hatte einen Ausschlussantrag wegen Diffamierungen von Mitgliedern des Parteivorstandes gestellt.

Branstner ist Schriftsteller und hatte sich mit gezielten unflätigen, teils beleidigenden Inhalts versucht Gehör zu verschaffen. Die Äußerungen in seinem *jW*-Artikel sind tatsächlich so, dass wir auf eine Wiedergabe verzichten möchten.

All dies ist aber kein Grund für ein Ausschlussverfahren, auch wenn die Äußerungen noch so unschön sind. Die *junge Welt* berichtet über die Sitzung der Bundesschiedskommission:

„Worin der im Statut der PDS zur Voraussetzung eines Parteiausschlusses gemachte Schaden besteht, den Gerhard Branstner am 14. März mit seinem Artikel ‚Klartext, Herr Genosse Gysi!‘ in der *junge Welt* angerichtet haben soll, konnte die Bundesschiedskommission der PDS am Sonnabend offenbar nicht klären. Sie war in der Berliner Parteizentrale zusammengetreten, um über den Einspruch des Schriftstellers gegen seinen Ausschluss aus der PDS zu befinden, den die Landesschiedskommission der PDS Berlin am 29. April verfügt hatte. Nach dreistündiger öffentlicher Anhörung und weiteren drei Stunden interner Beratung entschieden sich vier Kommissionsmitglieder für den Verbleib Branstners in der Partei, vier stimmten dagegen, zwei enthielten sich der Stimme. Eine Begründung des Votums wird nachgereicht.“

Die **PDS NRW** wird sich am 2. und 3. September auf einem Landesparteitag mit den weiteren politischen Schwerpunkten nach den Landtagswahlen befassen. Zur Konferenz ist auch Gabi Zimmer eingeladen, die ein Grundsatzreferat halten wird.

Im neuen Landesinfo der Landesverbandes ist ein Auswertungsbericht über die Landtagswahl veröffentlicht. Am Rande teilt der Landesverband mit, dass sich 1 200 Menschen am Preisausschreiben beteiligt haben. – Was es alles so gibt!

Die Gruppierung um die studentische Liste Links eskaliert die Auseinandersetzung um die Zukunft des PDS-Landesverbandes Hamburg in unverantwortlicher Weise. Der von ihr besetzte Arbeitsausschuss weigert sich, den Auftrag der Landesmitgliederversammlung vom 17.6. (s. PB 13) zu erfüllen und die eingesetzte Vorbereitungsgruppe bei der Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 15.7. zu unterstützen. Er verschickt die Einladungen nicht und lädt seinerseits in krasser Missachtung der

Beschlüsse der Mitgliederversammlung zu einer Versammlung am 15./16.7. an anderem Ort, zu anderer Zeit und mit anderer Tagesordnung ein. Die Landesschiedskommission, von derselben Gruppierung besetzt, deckt das Vorgehen nachträglich, indem sie den mit der Mehrheit von 28:22 gefassten Beschluss auf der Basis erfundener Behauptungen für nichtig erklärt.

Die von der LMV eingesetzte Vorbereitungsgruppe hat daraufhin mehrheitlich beschlossen, die Souveränität der Landesmitgliederversammlung zu achten und die nächste Landesmitgliederversammlung wie beauftragt durchzuführen und angemessen dazu einzuladen, d.h. sowohl durch Veröffentlichung wie durch Versendung der Einladung an Mitglieder und Sympathisanten. Ort und Zeit: 15. Juli, DAB Eimsbüttel, Amandastr. 58, Beginn 10 Uhr. Tagesordnung (Auszug): 1. Konstituierung; 2. Eckpunkte zur Arbeitsplanung und zu den Bürgerschaftswahlen, Situation des Landesverbandes; 3. Abstimmung über die Abwahl des LAA; 4. Neuwahl des LAA; 5. Wahl der Landesschiedskommission; 6. Wahl der Landesrevisionskommission; 87 Verschiedenes; 8. Schluss. sc

Der Landesvorstand der PDS **Baden-Württemberg** stellt für den Landesparteitag am 22. Juli einen Antrag, der eine **Kandidatur bei der Landtagswahl 2001** ablehnt. Der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch tritt in einem Beitrag im Landesinfo ebenfalls dafür ein. Er schreibt außerdem: „Zuerst und vor allem muss sich die PDS, müssen wir alle uns der Politik zuwenden! Weil ich weiß, wie viel da gerade auf kommunaler Ebene geschieht, sehe ich zuerst die Bundespartei in der Pflicht. Wir wollen uns in der nächsten Zeit vor allem auf drei Themen konzentrieren: Eine auf Beschäftigung orientierte soziale und ökologische Regionalentwicklung in Ost und West, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, vor allem der Rente, sowie die Bildungspolitik. Gerade das sogenannte Sommerloch bietet Chancen, mit eigenen Vorschlägen, auch mit Provokationen Gehör zu finden ... ‚Innerparteilich‘ sehe ich zwei Druckpunkte. Das ist zum einen die Programmdiskussion, die heraus muss aus den kleinen Zirkeln speziell Interessierter, und zum anderen eine an Politik orientierte Integration auf neuer Ebene. „Grün sehen!“ wird in jedem Kommunikationsseminar gelehrt, hier nicht als politische Kategorie, sondern als Synonym für positives Denken. Der pluralistische Charakter der PDS ist doch keine zeitweilige, möglichst zu überwindende Erscheinung, sondern konstituierendes Element dieser Partei. Angesagt ist der Wettstreit um politische Inhalte, nicht der Wettstreit in der Kritik des oder der jeweils anderen!“

20. Juli, Berlin: (öffentliches) Gelöbnis der Bundeswehr im Bendlerblock (Zutritt aber nur mit persönlicher Einladung!) und Protestaktion vor der Tür, Bendlerblock, Stauffenbergstr.
Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin, Tel.: 030/440130-0, Fax: 030/44013029
E-Mail: info@kampagne.de – Internet: http://www.kampagne.de

27. bis 30. Juli, Sondershausen: Linke Sommerschule in Sondershausen, Thüringen. Angeboten werden drei Kurse: Die AG Wirtschaft befasst sich mit der Frage, wie Bund, Länder und Gemeinden die Bereitstellung öffentlicher Güter begründen und finanzieren. Die AG Geschichte behandelt in sechs Blöcken die Kulturrevolution in China. Die AG Philosophie setzt sich kritisch mit verschiedenen Theorien der Gerechtigkeit auseinander. Ausführliche Beschreibung s. PB 13. Anmeldung bei: Christiane Schneider, c/o GNN Hamburg, s. S. 2

28. Juli, Sondershausen: Öffentliche Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung. Ab 19.00 Uhr, Ort: Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, Sondershausen, Thüringen. TO-Vorschlag: Tätigkeitsbericht; Weitere Arbeit der ArGe, Linke Schule; Wahl des/der Delegierten zum Parteitag; Programmdiskussion der PDS: Zivilisierung der Außenpolitik – ein realistisches politisches Ziel? Oder ist Widerstand gegen die Militarisierung zum Scheitern verurteilt?

26. August, Köln: Tagesseminar: Der Rentendeal – Shareholder Value statt Solidarität? Anliegen des Seminars, das die AG Alterssicherung des Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte vorbereitet, ist zweierlei: a) Positionsfindung und Bewertung; Diskussion über Positionen zur Rentendebatte, über Auswirkungen der Rentenpläne und des Rentendiskurses auf die Generationen-Solidarität ...; b) praktische Konsequenzen: Ansätze, die wir aufgreifen können, um ein faires Alterssicherungssystem zu schaffen und das solidarische Umlageverfahren zu verteidigen. Programm: 11.15 Einführungsreferat von Andreas Bachmann, HH, Redaktion Express; 12.00 Uhr Diskussion in Kleingruppen; 14.00 Uhr: Ergebnisse der Kleingruppen – Vorstellung im Plenum; 15.00 Uhr: Praktische Konsequenzen; 16.00 Uhr: Diskussion und Verabschiedung eines Thesenpapiers als Grundlage für Flugblätter, Presseartikel etc. Ende 17.00 Uhr. Ort: Antoniterkirche (Rückseite), Antoniterstr. 14-16
Das Seminar ist kostenfrei. Anmeldung bis zum 15. August bei Share, Art.Str. 6, 27283 Verden, Tel. (0 42 31) 9 47-5 91, Fax – 9 57-5 94, E-Mail: sundermann@share-online.de

1. September, bundesweit: Antikriegstag

1. September, Aachen: Verleihung des Aachener Friedenspreises 2000 an: Preis International, "Reconstruindo a Esperanca" [Rekonstruktion der Hoffnung], Mosambik (Lokale NGO zur Betreuung von ehem. Kindersoldaten, siehe: http://www.apc.de/aachener-friedenspreis/ Kindersoldaten.htm; Preis National: „Aktion Noteingang“, Initiative von Jugendlichen gegen Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, siehe http://www.apc.de/aachener-friedenspreis/noteingang.htm
Kontakt: Aachener Friedenspreis, Gerhard Diefenbach, Kalkbergstr. 194, 52080 Aachen, Tel.: 02405/14360, Fax: 02405/419075. E-Mail: diefenb@pfa.research.philips.com
Internet: http://www.apc.de/aachener-friedenspreis/welcome.htm

5.-7. September: Seminar der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zum Thema: Deutschland und „seine neuen Minderheiten“ im Licht innen- und außenpolitischer Veränderungen. Ort: Bonn

6.-8. September, New York: Im Rahmen des Millenniums-Gipfel der UNO beraten die Staats- und Regierungschefs in vier nicht-öffentlichen Ausschüssen die Frage der UNO-Reform, insbesondere die „Reform“ des Weltsicherheitsrates, in dem die BRD einen ständigen Sitz beansprucht.

16. September: Politische Ökonomie heute, 3. Kurstag, Beginn 10.30 Uhr DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

14./15. Oktober, Cottbus: 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung. (Die Delegiertenwahlen für den 7. Parteitag der PDS beginnen mit der Einberufung der 1. Tagung und sind bis zum 17. September 2000 abzuschließen. Der Antragsschluss für die 1. Tagung des 7. Parteitages ist am Freitag, den 1. September 2000, 17.00 Uhr. Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens bis Freitag, den 18. August 2000, zu publizieren.
Vorläufige Tagesordnungspunkte u.a.: Generaldebatte zur Rede des Vorsitzenden der PDS und zu den Leitanträgen des Parteivorstandes: „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zur sozialen Gerechtigkeit“ und: „Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002“; Beschlussfassung. Wahlen Parteivorstand.

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel

ADRESSAUFKLEBER

7. November: US-Präsidentenwahlen, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

25. November: Politische Ökonomie heute, 4. Kurstag, Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

1. Dezember: EU-Gipfel in Frankreich, voraussichtliche Punkte: Abschluss der Regierungskonferenz 2000, Feierliche Verabschiedung einer Europäischen Charta der Grundrechte, Förmlicher Beschluss der Integration der WEU in die EU

2.-3. Dezember: Paris: Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten (Evt. anschließend: gemeinsame Initiative mit den UnterstützerInnen des Aufrufs Bourdieu, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert)

7. Dezember: Nizza: Großdemonstration der Europäischen Märsche, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen anlässlich des EU-Gipfels

Anzeige

Berichte über Verfassungs-, „schutz“- schnüffeleien, Demokratieabbau, Ausbau des Repressionsapparates, Polizeiwillkür oder Enthüllung verdeckter Strategien – all dies hat in GEHEIM ebenso seinen Platz wie die Aufdeckung der „dirty tricks“ (schmutzigen Tricks) der CIA und ihrer Partnerdienste.

In GEHEIM schreiben Betroffene, Journalisten, Spezialisten und Interessierte aus aller Welt.

GEHEIM

Nr. 2/2000 30. Juni 2000 8,50 DM

Kampf ums Öl

GEHEIM Dossier	
Kaukasus: Kampf ums Öl	14
BND kooperiert mit dem FBI	17
In der Festung Europa	
Kernmeldungen	4
Grenzgänger Paul Limbach	5
Steuerverfälschung von DDR-Bürgern (Teil 2)	6
Verbreitungsnetzwerk: Injektion, Republikaner	7
Gefahrenstoffe und UCK	9
Vor der Festung Europa	
Kernmeldungen	13
Geschichte der Dienste	
Abschrecken über die Schweiz	20
Heidelands Abstammung	20
Festungsbau	
Schweinefleischverkauf: Provokation Notwehr?	21
Black Box für Pakistan	22
Geheimdienste weltweit	
Verleumdung des „Big Brother Award“	23
Agent des Quartals	
Enrique Rodriguez Gallardo	28
Briefe an die GEHEIM-Redaktion	
GEHEIM Impressum	2
Aus der GEHEIM-Redaktion	3
Interview	12
Angereichert	19
Der Monat im Rückblick	25
Nachruf auf Julius Mader	27
Nennung Namen	27

Die Hintergründe des Kaukasus-Krieges
Zusammenarbeit der deutschen und russischen Geheimdienste

Anschrift der Redaktion:

Redaktion GEHEIM, c/o Michael Opperskalski, Postfach 27034; 50509 Köln,
E-Mail: redaktion-geheim@geheim-magazin.de

Abobedingungen:

Geheim erscheint viermal jährlich. Jahresabo normal: DM 38,-; Sonderabo für Studierende, Schüler etc. sowie für Anschlussgebiet DDR: DM 28,-; Förderabo DM 70,-

Bestellungen an:

GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,
E-Mail: gnn-hhsh@otelo-online.de